Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 14. **Bromberg, Sonnabend den 18. Januar 1930.** **54. Jahrg.**

Der Deutsche Klub und Bartel.

Erklärung des Abgeordneten Utta in der Sejmsitzung vom 16. Januar.

Hohes Haus! Das ausführliche Exposé des Herrn Prof. Bartel brachte leider wenig Neues. Mit besonderem Befremden hörten wir die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten an, die der Verteidigung der zurückgetretenen Regierung Dr. Switalskis gewidmet waren, einer Regierung, die der Sejm deshalb zum Rücktritt aufgefordert hat, weil sie eine schlechte Wirtschaft geführt, das Recht umgangen und die politische Lage im Staate bis zum äußersten verschärft hat. Was den Deutschen Klub anbelangt, so stimmte er auch noch deshalb gegen die Regierung Switalski, **weil sie jede Unterdrückung der deutschen Bevölkerung durch chauvinistische Elemente,** die sich in den verschiedensten Ämtern und Organisationen, wie z. B. dem Aufständischen-Verband, dem Westmarken-Verein u. a. festgesetzt haben, **nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt hat.** Als diese Leute sahen, daß sich die Regierung jeder Kontrolle von seiten des Parlaments entzieht, alle Interventionen der Abgeordneten und Senatoren ignoriert und auf alle Beschwerden und Proteste der deutschen Bevölkerung überhaupt nicht reagiert, haben sie alles unternommen, **um den Rest des deutschen Schulwesens zu zerschlagen, möglichst viel Besitz deutschen Händen zu entreißen, um die deutschen Angestellten und Arbeiter durch Verdrängung aus den Betrieben und Ämtern und den Mittelstand durch Entziehung der Konzessionen um die Existenzmittel zu bringen.**

Wir haben erwartet, daß Professor Bartel uns in seiner Rede eine offene und entschiedene Erklärung abgeben werde, daß die Regierung diesem großen Unrecht, das der deutschen Bevölkerung zugefügt wurde, endlich ein Ziel setzen wolle. Ferner erwarteten wir, daß die Regierung zu den im Sejm eingebrachten Anträgen über die Regelung des Minderheitenproblems **Stellung nehmen, oder die Einbringung eigener Vorschläge ankündigen werde. Dies ist nicht geschehen, trotzdem die Erledigung dieser Anträge eine der wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Stunde ist und zur Beruhigung des Landes und zum friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in Polen viel beitragen würde.**

Leider brachte der Herr Premier zu einer solchen Erklärung nicht den Mut auf. Er drückte lediglich seine persönliche Ansicht aus, daß allen Bürgern des Staates ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität alle in der Verfassung vorgesehenen Rechte und Privilegien garantiert werden müßten. Ich unterstreiche: daß er gesagt hat: „garantiert werden müßten" und nicht „garantiert werden". Das ist, Herr Ministerpräsident, nur eine Theorie, eine lobenswerte Ansicht, die uns nichts bietet und nichts garantiert. Zu dieser Behauptung habe ich desto mehr Grund, da wir schon in den verflossenen Jahren reichlich Gelegenheit hatten, Ihre Tätigkeit, Herr Ministerpräsident, zu beobachten und während Ihrer früheren Amtstätigkeit Erfahrungen zu sammeln. Durch Ihr offensichtliches Bestreben, Herr Ministerpräsident, sich durch ein paar allgemeine Sätze von einer klaren Äußerung über eine Frage zu entziehen, die wir als eine der wichtigsten ansehen, haben Sie dem Deutschen Klub jede Grundlage zu einer wohlwollenden Einstellung zu Ihrer Regierung genommen.

In der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, daß seine Regierung eine Zusammenarbeit mit dem Parlament, sowie eine Gesundung der Verhältnisse in der Verwaltung anstreben und jede Unterstützung einzelner politischer Parteien oder Gruppierungen durch die Verwaltungsbehörden entschieden bekämpfen und den wirtschaftlichen Angelegenheiten mehr Aufmerksamkeit zuwenden wird, sehen wir jedoch eine gewisse Änderung des bisherigen Systems zum Besseren

Wird sich die Tätigkeit der neuen Regierung tatsächlich gemäß den gegebenen Zusicherungen gestalten und die Regierung ihr Verhältnis zu den Minderheiten grundsätzlich ändern und auf Zusagen Taten folgen lassen, aber nicht nur im Verhältnis zu den sogenannten „loyalen" Bürgern, zu denen man bis jetzt nur diejenigen gezählt hat, die ihre Loyalität dadurch zu dokumentieren bereit waren, daß sie sich ihrer Muttersprache und des angestammten Volkstums entäußerten, sondern zu jedem Bürger des Staates, der seine Bürgerpflichten erfüllt, so wird uns die Regierung dadurch die Möglichkeit geben, unsere endgültige Stellungnahme zu präzisieren.

Der Mißtrauensantrag gegen den Senatsmarschall.

Warschau, 17. Januar. (PAT) Vor dem Beginn der gestrigen Sitzung des Senats ergriff das Wort der Senator Erdmann vom Piastenklub, der im Namen seines Klubs, der Wyzwolenie, der PPS, der Bauernpartei und der Nationalen Arbeiterpartei eine Erklärung abgab, in welcher er den Standpunkt dieser Klubs zu dem Mißtrauensantrag für den Senatsmarschall begründete. Danach hat der Senatsmarschall die Rechte des Senats beschränkt, indem er ihm dadurch, daß die bereits einberufene Sitzung abgesetzt wurde, die Möglichkeit nahm, von seinen ihm nach der Verfassung **zustehenden Rechten Gebrauch zu machen.** Von etlichen durch den Sejm beschlossenen Gesetzesentwürfen hatte der Marschall, nachdem der in der Verfassung vorgesehene Termin abgelaufen war, versucht, einige dieser Projekte auf die Tagesordnung zu setzen, wodurch es zu Komplikationen hätte kommen können. Nachdem aber der Marschall diesen Standpunkt aufgegeben hat, was die erwähnten Klubs zu der Hoffnung berechtigt, daß sich ähnliche Fälle nicht wiederholen werden, halten die Klubs den Mißtrauensantrag nicht mehr aufrecht. Infolgedessen wurde dieser Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.

Erledigt wurden nur einige Punkte von untergeordneter Bedeutung. Die nächste Senatssitzung findet am 29. Januar nachmittags 4 Uhr statt.

Die deutsch-polnischen Gespräche in Genf.

Genf, 17. Januar. Vor seiner Abreise nach Paris gewährte der polnische Außenminister Zaleski einem Vertreter des **„Kurjer Poranny"** eine Unterredung über den Verlauf der letzten Session des Völkerbundrats, in der er u. a. sagte:

„Die zwischen der deutschen und der polnischen Delegation gepflogenen Unterredungen betrafen einerseits die Frage des Wirtschaftsabkommens, andererseits aber die Auslegung einiger Punkte des Liquidationsabkommens, die Grund zu Mißverständnissen geben könnten. Im Laufe der Gespräche ist man sich darüber klar geworden, daß die schleunigste Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen erwünscht ist. **Schon in der kommenden Woche sollen die Verhandlungen in Warschau wieder beginnen.** Es besteht, dem „Kurjer Poranny" zufolge, die Hoffnung, daß es der polnischen Seite möglich gemacht werden wird, die deutschen Vorschläge anzunehmen.

Was die Auslegung des Liquidationsabkommens anbelangt, so hat es sich in den Gesprächen herausgestellt, daß sich beide Seiten über die Bedeutung der einzelnen Punkte des Traktats klar sind, und daß die Befürchtungen über die Möglichkeit, einigen Abschnitten durch die deutsche und polnische Seite eine andere Bedeutung beizumessen, unbegründet sind."

10 Jahre Völkerbund.

Eine optimistische Zaleski-Rede.

Genf, 17 Januar. Gestern vormittag um 10½ Uhr trat der Völkerbundrat genau zu der gleichen Stunde, in der er vor zehn Jahren seine erste aus einer einzigen Sitzung bestehende Tagung begann, zu seiner Schlußsitzung zusammen. In dieser hielt der diesmalige Vorsitzende der Ratstagung, der polnische Außenminister Zaleski, folgende Ansprache:

„Am heutigen Tage sind zehn Jahre seit dem Augenblick verflossen, da am 16. Januar 1920 in Paris unter dem Vorsitz des unvergeßlichen Leon Bourgeois der Völkerbundrat zusammentrat, der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Woodrow Wilson, einberufen worden war, dessen Name mit dem Werk der größten auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Anstrengung ewig zusammenhängen wird, auf die sich die Menschheit jemals emporgerungen hat. (Wie ist die Menschheit durch diesen Frieden doch so glücklich geworden !?!) An diesem Jahrestage tut jeder von uns einen Rückblick auf die ersten Monate des Jahres 1920 und läßt die Gefühle der Hoffnungen und Befürchtungen an sich vorbeiziehen, die uns alle damals beseelten. Kaum war der Weltkrieg beendet, da loderte es in vielen Ländern wieder auf, wodurch ganz Europa bedroht wurde. Die Unsicherheit schwebte über uns. Die von den Schrecknissen des Krieges ermüdeten Völker kämpften mit Not und Epidemien und begannen mit der größten Anstrengung, die ruinierten und in Unordnung geratenen Finanzen zu retten. Die große Idee des Völkerbundes (war es nicht eher der Selbsterhaltungstrieb? D. Red.) hat es bewirkt, daß unter diesen Anstrengungen der Menschheit der Glaube an eine bessere Zukunft und an eine neue Weltordnung geboren wurde.

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich behaupte, daß diese Hoffnung und dieser Glaube nicht vergeblich waren, daß die Tätigkeit des Völkerbundes in den ersten zehn Jahren seines Bestehens nicht getrogen hat. Ich kann wohl behaupten, daß die Zahl der Skeptiker und Pessimisten, die an eine friedliche Tätigkeit des Völkerbundes nicht glaubten, ständig geringer wird. Es ist nicht zu verkennen, daß dies in erster Linie ein Verdienst des Völkerbundes selbst ist, dessen Tätigkeit die Überzeugungen seiner erbittertsten Gegner oft wankelmütig gemacht hat. Die internationale Geschichte der zehn Jahre des Bestehens des Völkerbundes trägt das Zeichen eines andauernden Fortschritts. (Trotz Minderheitenschutz des Völkerbundrats wurden zwei Drittel der Deutschen aus Westpolen verdrängt, nachdem sie etwa 1 Million Hektar Land verloren hatten. Sind das die „andauernden Fortschritte" der Völkerbundsidee? D. R.) Von Anfang an mußte sich der Rat mit peinlichen politischen Fragen und auch mit dem Werk des Wiederaufbaus Europas beschäftigen. Er stellte auf den ersten Plan das Problem der Friedenspolitik, unterstützte die Verständigung und milderte Konflikte. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Organisationen geschaffen, in denen die Vertreter der einzelnen nationalen Verwaltungen Gelegenheit hatten, einen häufigen und freundschaftlichen Meinungsaustausch zu pflegen. Die Zahl der Mitglieder des Völkerbundes wuchs ständig. Im Sinne des Buchstabens und des Geistes des Paktes ist die Liga eine große Institution der täglichen und allweltlichen Zusammenarbeit geworden.

Die Anwesenheit so vieler Außenminister im Rat und an der Versammlung ist ein Beweis dafür, welche hervorragende Rolle der Völkerbund in der allgemeinen Politik spielt. Diejenigen, die ihm manchmal den Vorwurf machen, daß er sich nicht mit einer ziemlich bedeutenden Zahl von Fragen beschäftige, vergessen, daß außer den Konflikten, die die Liga erledigt oder mildert, sein direkter Einfluß in allen internationalen Beziehungen sich fühlbar macht. Der Völkerbund richtet unter den Völkern Schutzwälle von Verhandlungen und Vertagungen auf. Ich bin der Meinung, daß, wie bescheiden auch die Anfänge des Völkerbundes gewesen sind, schon die ersten Mitglieder unseres Rats die Hoffnungen und Sympathien der Völker spüren mußten, die sich an ihn wandtne. Von den Mitgliedern des Rats, die an seinen ersten Beratungen teilgenommen haben, sind einige schon für immer dahingegangen, nachdem sie ihre besten Kräfte dem Völkerbunde geopfert haben, andere, unter ihnen unser verehrter und geschätzter Kollege Quinones de Leon, der als einziger in dieser Versammlung übrig geblieben ist, können den überwundenen Weg einschätzen und messen. Besser als die anderen können Sie sich darüber klar werden, wie weit wir uns von den trüben Befürchtungen im Anfang des Jahres 1920 entfernt haben. Wenn damals sich so mancher unter uns sagte, „contra spem spero" (gegen die Hoffnung hoffe ich!), so glauben wir heute, weil wir es wissen. Wir wissen, daß wir uns auf gutem Wege befinden, daß wir uns nicht verirrt haben. Wir kennen die rationellen Methoden unserer Arbeit, wir verstehen es, die größten Anstrengungen zu berechnen und die Ergebnisse vorauszusehen, die wir erreichen können. Wir sind uns über die Verschiedenartigkeit der Probleme klar, die vor uns stehen. Wir wissen, daß die Organisation des Friedens Schritt für Schritt vorwärts gehen, daß das Gebäude des Friedens allmählich errichtet werden und daß der Friedenswille der Völker langsam und systematisch durch die Anstrengung jeden Tages und jeden Augenblicks gestärkt und organisiert werden muß. (Ein ausgezeichnetes Beispiel für dieses Wachsen der „Friedensidee" findet Herr Zaleski in der unerhört deutschfeindlichen Debatte der Budgetkommission über den Haushalt des Agrarreformministers. Die Red.)

Diese Notwendigkeit der schwierigen, ständigen, für die Organisation des Friedens auf allen Gebieten des internationalen Lebens ununterbrochenen Anstrengung drängt sich uns als Gebot, als imperative Regel unserer Tätigkeit hier in Genf wie auch in unseren Ländern auf. Wir sind uns auch klar über den unbedingten Wert der Änderung, die durch den wohltätigen Einfluß des Völkerbundes in der kollektiven Psychologie der Völker hervorgerufen wurde. Diese tiefen Änderungen, die in den Gedanken und Herzen der Menschheit entstehen, stellen nach meiner Ansicht die sicherste Friedensgarantie dar. Und so können wir, wenn wir uns das durch den Völkerbund vollbrachte Werk betrachten und uns zu den erlangten Resultaten beglückwünschen, mit Vertrauen in die Zukunft blicken und der Hoffnung Raum geben, daß in den nächsten Jahren seine Tätigkeit noch wohltätiger und voll guter Ergebnisse sein wird." —

*

Die Engländer denken nüchterner darüber ...

Zu dem Vorschlag einer Revision der Völkerbundsatzung äußert sich der „Manchester Guardian" in seiner Mittwoch-Ausgabe wie folgt:

Der Vorschlag zu einer Revision der Völkerbundsatzung ist auf die Initiative der englischen Regierung zurückzuführen. Aber es gibt andere Porbleme, die die Gewohnheit haben, stets von neuem aufzutauchen. **Das schwierigste, empfindsamste und mit dem künftigen Frieden Europas aufs innigste verknüpfte Problem ist das der nationalen Minderheiten in den neuen oder durch die Friedensverträge vergrößerten Staaten Europas.**

Wieder werden Petitionen aus Oberschlesien, ein betrübend regelmäßiges Vorkommnis der Völkerbundtagungen, dem Rat unterbreitet, der zweifelsohne tun wird was er kann, um der deutschen Minderheit das Recht auf den Gebrauch und den Unterricht in der Muttersprache zu sichern. **Das Übel liegt darin, daß der Völkerbund für diese Minderheit wenig tun kann, und bisher nicht in der Lage war, etwas für andere Minderheiten zu unternehmen, denen es noch schlechter geht.** Solange der Völkerbund für jene Minderheiten nichts unternimmt, die seiner Überwachung unterstehen, haben jene Minoritäten nichts zu hoffen, die nicht einmal seiner Aufsicht unterstehen.

*

Wechsel in der Minderheiten-Abteilung des Völkerbundes.

Genf, 17. Januar. Am gestrigen Mittwoch ist der Leiter der Minderheitenabteilung des Völkerbundsekretariats, Aguirerre de Carcer, von seinem Posten zurückgetreten. Sein Stellvertreter, Ascarate (auch ein Spanier), ist darauf vom Rat zum Leiter der Minderheitenabteilung gewählt worden. Aguirerre de Carcer wird voraussichtlich in den spanischen diplomatischen Dienst zurückkehren.

Agrarreform = Entdeutschung.

Die Budgetkommission berät über den Haushalt des Ministeriums für Agrarreform.

(Von unserem ständigen Warschauer Vertreter.)

Warschau, 15. Januar.

Am Dienstag vormittag fand die Debatte der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums für Agrarreform im Beisein des Ministers Staniewicz statt. Der Referent Maksymilian Malinowski (Wyzwolenie) führte aus: Das Jahr 1928 war eine Periode der höchsten Ziffer der von Privaten und Institutionen vorgenommenen Parzellierung. Im Jahre 1929 sind die ermächtigten Institutionen zurückgetreten, und nur die Bank Ziemian ist geblieben, die ihre Kredite aus der Bank Rolny schöpfte. Zwei Jahre lang dauerte die Spekulation auf das Steigen des Bodenpreises. Zur hohen Schätzung des Bodens tragen die Bank Rolny und sogar das Ministerium für Agrarreform bei. Letzteres hat nämlich im Jahre 1928 eine Instruktion über die Festsetzung des Bodenpreises bei der Parzellierung ausgegeben, die eine Erhöhung des Bodenpreises bezweckte. **Der Redner bemängelte den schwachen Fortschritt der Parzellierung in Schlesien, wo sich 55 Prozent des ganzen Bodens in deutschen Händen befinden. (Also hier wird offen die Entdeutschungstendenz der Agrarreform vom Referenten des Parlaments zugegeben! Das ist sehr wichtig! D. R.)**

Nach dem Referenten nahm der Agrarreformminister **Staniewicz** das Wort zu folgenden Ausführungen: „Das letzte Jahr verfloß in einer Atmosphäre der wirtschaftlichen Krisis, was für die delikate Arbeit des Umbaus der agrarischen Struktur nicht günstig war. (Diese Krisis war z. T. schon eine Folge des erwähnten „Umbaus". D. R.) Ich bestreite nicht, daß in unserer Arbeit Fehler vorhanden sind. Ich bin kein Mann vom grünen Tische, sondern habe im Gegenteil sehr oft die Möglichkeit, an Ort und Stelle mit der Bevölkerung in Fühlung zu kommen. Den Vorwurf zu erheben, daß ich vom Finanzminister gekürzt wurde, geht nicht an, da ich für das Budget mit dem Momente, da ich es unterschrieben habe, verantwortlich bin. **Die Ausgaben für das Ressort der Agrarreform wachsen beständig.** Im Jahre 1929/30 stellen sich die Zahlen ungefähr wie folgt dar: Das eigentliche Budget sieht gegen 62 Millionen vor. Die Erhöhung des Kapitals der „Bank Rolny" ist ebenso die Sorge des Finanzministers wie die meinige. Wir müssen jedoch berücksichtigen, daß, solange die Angelegenheit des Wohnungszuschlags für die Beamten nicht erledigt ist, Geld für einen anderen Zweck nicht bestimmt werden kann. Aus dem Umsatzfonds werden für die Zwecke der Agrarreform 15 Millionen zufließen; die Übertragung aus den Renten-Eingängen beträgt 1½ Mill. Złoty. **Alle Ausgaben meines Ressorts werden gegen 93 Millionen betragen.** Man kann also nicht den Vorwurf erheben, daß die Regierung oder der Finanzminister das Ressort der Agrarreform stiefmütterlich behandeln.

Die private Parzellierung entwickelte sich seit dem Jahre 1926 günstig. (Das ist ein Zeichen für die schlechter werdende Wirtschaftslage. D. R.) Im vorigen Jahre wurde ich angegriffen, weil ich zur Steigerung der Bodenpreise beigetragen habe. Diese Angriffe waren bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Ich bemühte mich, dieses Problem zu analysieren. Ich gelangte zu dem Schluß, daß außer der günstigen Konjunktur in der Landwirtschaft die Hauptursache des Steigens der Preise das erhöhte Emissionstempo der „Bank Rolny", die Erteilung von Anleihen für den Bodenankauf, sowie die Entwicklung des Erleichterungsfonds waren. Man strebte damals darnach, daß die kleinen Bodenbesitzer und sogar die Landlosen einen Kredit zu 90 Prozent und sogar zu 100 Prozent erhalten können. Infolgedessen war die Nachfrage nach Land gewachsen. Das Jahr 1929 hat diese Angelegenheit ohne mich geregelt. In der „Bank Rolny" ist eine Emissionsschwierigkeit eingetreten, die Armut unter der Bevölkerung stieg, und der Preis ist sofort gesunken. Wenn heute die Parzellierung geringer ist, so ist es nicht deswegen der Fall, weil es kein Landangebot gibt, sondern weil die Nachfrage geringer ist. Im Jahre 1931 werden alle Übereignungsangelegenheiten erledigt sein und ich bin stolz darauf, daß es bald keine unerledigten Angelegenheiten mehr geben wird.

In Pommerellen wurden im letzten Jahre über 12 000 Hektar parzelliert, und in Schlesien, wo es insgesamt 20 000 Hektar zu parzellieren gibt, sind 5000 Hektar parzelliert worden, was ein ziemlich gutes Resultat ist, wenn man erwägt, daß in diesem Gebietsteile auf Grund der Genfer Konvention eine andere Gesetzgebung verpflichtet, nach der wir uns auch richten.

In der Diskussion, die sich hierauf entwickelte, sagte der Führer der Bauernpartei Jan Dąbski u. a. Folgendes: „Ich werde die Verhältnisse in Schlesien und in Pommerellen berühren. Ich möchte dabei dem Vorwurfe entgehen, daß ich irgendein Nationalist sei. **Ich möchte alle liquidieren, den polnischen und deutschen, den jüdischen, ukrainischen oder den russischen Großgrundbesitz. Wenn ich die Landkarte Pommerellens betrachte und dort den Zugang zum Meere sehe und dieses Gdingen, so entsteht in meinem Geiste die Angst beim Gedanken auf die politische Tendenz unserer Nachbarn. Man muß Gdingen ein gehöriges Gestell** (gemeint ist eine Stütze) **geben und das kann nur die Bevölkerung sein. Wenn irgendwo, so können in Pommerellen keine großen Besitzungen belassen werden."**

Das Budget des Ministeriums für Agrarreformen wurde ohne Änderungen in der zweiten Lesung angenommen.

*

Zu dieser Debatte über den Etat des Agrarreformministers, durch die sich bei allen Rednern, vom ersten bis zum letzten, wie ein roter Faden die wiederholt abgeleugnete Sehnsucht hindurchzieht, **die Agrarreform in erster Linie zur Fortnahme deutschen Eigentums zu benutzen,** sind nicht viel Worte zu machen. Besonders gilt das für die Enteignungspsychose des Abg. Jan Dąbski, der sich den Anschein gibt, als ob ihm der deutsche Grundbesitzer genau so lieb oder unlieb wäre, als der polnische. Weshalb aber reitet Herr Jan Dąbski ausgerechnet nach Pommerellen? Nach jener Wojewodschaft, in der Herr Staniewicz die Deutschen weitaus am stärksten enteignet hat, in der 80,51 Prozent der Proskriptionsfälle deutsche sind? Herr Jan Dąbski gibt offen zu, daß der Zweck seines Eintritts in Pommerellen, der naturgemäß den Niedergang der dortigen Landwirtschaft zur Folge hat, ein politischer ist. **Man will eben den Korridor entdeutschen, obwohl das zehnmal durch Verfassung und internationalen Vertrag verboten ist.** Was nützt uns das ganze Liquidationsabkommen, wenn polnische Wirtschaftsgesetze zur politischen Liquidation benutzt werden?

Und was hat die entdeutschende Agrarreform mit Gdingen zu tun? Höchstens dies, daß sie genau so wie der kostspielige Bau des Hafens von Gdingen dem Steuerzahler neue Bedrückung bringt. **Wirtschaftlich** betrachtet ist zur Agrarreform keine Wojewodschaft so ungeeignet wie Pommerellen. **Wirtschaftlich** betrachtet hätte alles, was in Gdingen gebaut wurde, weit billiger und praktischer in Danzig entstehen können. Bei einem vernünftigen Zollabkommen mit Deutschland hätte man bei Benutzung der alten natürlichen Verkehrswege überhaupt keine Neuinvestierungen für **Hafen und Eisenbahn gebraucht.**

Dafür hätte man die Weichsel nicht nur in ihrem Südlauf im alten guten Stand erhalten können, sondern die Regulierung auch des kongreßpolnischen Stromteiles wäre möglich gewesen, eine nötige, außerordentlichen Gewinn versprechende Arbeit. Der Versuch der Agrarreform in Pommerellen bringt, wie auch von polnischer Seite wiederholt versichert wurde, keine „Reform" der Agrarverhältnisse, sondern einen Niedergang ihrer Kultur. Dagegen gibt es in den Ostgebieten Polens riesige Bezirke, die der Entwässerung und Neugewinnung von Land bedürfen. Hier sollte man den Spaten gebrauchen und nicht für die Erhaltung eines wirtschaftlich gefährlichen Prestiges politische Spannungen heraufbeschwören, während man alle Hände zu rühren hätte, um lebensnotwendige Arbeiten zu erledigen, die das Ansehen des polnischen Staates und Volkes ebenso wie seinen Wohlstand in Wahrheit heben und mehren können.

Großkampftag der „Deutschen Rundschau".

Fünf Prozesse gegen den verantwortlichen Schriftleiter Johannes Kruse — Drei Monate Gefängnis für Paul Dobbermann.

Bromberg, 16. Januar 1930.

Wenn das Konto eines Schuldners überlastet ist, pflegt man durch Ratenzahlungen einen Ausgleich herbeizuführen. Von diesem Grundsatz ausgehend hat auch das hiesige Bezirksgericht von den 33 in der letzten Zeit gegen die „Deutsche Rundschau" anhängig gemachten Presseprozessen am vergangenen Donnerstag „nur fünf" auf die Tagesordnung der Gerichtssitzung gesetzt, die anderen vier Sachen betrafen den „Kujawischen Boten" in Inowrocław und den „Dziennik Bydgoski" in Bromberg. Es war ein reichhaltiges Menü, das den Parteien, wie auch den zahlreichen Zuschauern dargeboten wurde. Allein die Verhandlung gegen die „Deutsche Rundschau" nahm den ganzen Arbeitstag in Anspruch, und man merkte es, daß alle Parteien gegen Abend förmlich „abgekämpft" waren.

Die erste Sache betraf einen am 11. April v. J. unter der Überschrift „Christenverfolgung" erschienenen Artikel, in dem eine sachliche Darstellung über den gegen Mitglieder der polnischen Nationalkirche verübten Überfall in Thorn gegeben wurde. Man hätte glauben sollen, daß man gegen die Täter bzw. die Agitatoren dieses Überfalls, der weder der Stadt Thorn noch Polen selbst zur Ehre gereicht hat, vorgehen würde; doch man zog es vor, eine Stelle in diesem Bericht, in der die Rede davon war, daß bei diesem Krawall sogar ein Meßdiener mit einem Kirchenkreuz und einer schwarzen Trauerfahne zugegen war, als das corpus delicti anzusehen, das geeignet sei, die öffentliche Ruhe zu stören. Der Angeklagte, Schriftleiter Johannes Kruse, erklärte sich bereit, für die Richtigkeit der in diesem Artikel enthaltenen Angaben den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Das Gericht schloß sich daher seinem Antrage auf Vertagung dieses Prozesses an.

Die zweite Verhandlung hatte einen am 8. Februar v. J. veröffentlichten Artikel zum Gegenstande, der die Überschrift „Ehrenauszeichnungen für pommerellische Schlachtenbummler" trug und sich mit der seinerzeit in Funktion befindlichen „Kommission der Ehrenabzeichen der pommerellischen Front" beschäftigte. In diesem Aufsatz wurde dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß diese Kommission liquidiert wurde, ohne auch eine Reihe deutscher Bürger, die in pommerellischen Bürgerwehren tätig waren, berücksichtigt zu haben. Auszeichnungen haben nur waschechte Polen erhalten. Zu verantworten hatte sich in dieser Sache nicht allein der Schriftleiter des politischen Teils, Johannes Kruse, sondern auch der für den unpolitischen Teil verantwortlich zeichnende Redakteur Marian Hepke, da man offenbar nicht wußte, wer von beiden als der Schuldige in Frage kommt. Nach der Anklage soll der Artikel schon in der Überschrift eine Ironisierung der erwähnten Kommission und der ausgezeichneten „Angehörigen von Militärformationen, die in der pommerellischen Front Dienste geleistet hatten", enthalten haben. Der Angeklagte Kruse erklärte zu seiner Verteidigung, daß er als politischer Redakteur die Verantwortung für diesen durchaus unpolitischen Artikel nicht übernehmen könne, daß er in dem Artikel selbst aber auch keine Beleidigung entdecken könne. Für den Ausdruck „Schlachtenbummler" gebe es in der polnischen Sprache keine Terminologie. Man verstehe darunter im Deutschen einen Menschen, der aus Vorliebe militärische oder polizeiliche Dienste leistet. Und im übrigen hätten doch auch zahlreiche Bürger deutscher Nationalität solche Dienste geleistet und dadurch zu einer reibungslosen Übernahme Pommerellens durch das polnische Militär beigetragen, ohne daß man sie mit einer Auszeichnung bedacht hätte. Diesen Ausführungen schloß sich der Angeklagte Hepke in vollem Umfange an. Er bekannte sich zwar nicht zur Autorenschaft, gab aber zu, daß er für den Teil, in dem dieser Artikel erschien, verantwortlich sei, und auch für diesen Artikel selbst die Verantwortung übernehme. Der Staatsanwalt stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß der Aufsatz ohne Zweifel eine Verurteilung verdiene, da er keineswegs das enthalte, was die Angeklagten aus ihm herausgelesen hätten. Der Ausdruck „Bummler" sei gerade nicht eine Schmeichelei; man verstehe im Gegenteil darunter einen Menschen, der bei anständigen Leuten nicht im besten Geruch stehe. Der Artikel trage politischen Charakter und sei geeignet, die vom Kriegsministerium bestätigten Auszeichnungen herabzuwürdigen. Der Antrag lautete auf je 300 Złoty Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kaszyński trat den Ausführungen des Staatsanwalts in einer längeren sachlichen Rede entgegen, in der er vor allem betonte, daß die Anklagebehörde selbst sich ursprünglich nicht darüber schlüssig werden konnte, ob wegen des Artikels überhaupt ein Verfahren eingeleitet werden solle. Man habe sich erst an einen militärischen Verein gewandt und gefragt, ob dieser sich durch den Artikel beleidigt fühle. Erst nach dem Eingang einer bejahenden Antwort sei die Anklage erhoben worden.

Nach einer längeren Beratung fällte das Gericht das Urteil, das auf 150 Złoty Geldstrafe für den Angeklagten Kruse, dagegen auf Freispruch für Redakteur Hepke lautete. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Artikel rein politischen Charakters sei und auf jeden Fall eine Beleidigung der „Kommission der Ehrenabzeichen" enthalte. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte unverzüglich die Appellation angemeldet.

Der dritte Prozeß richtete sich gegen einen im November 1928 aus dem „Lissaer Tagebl." entnommenen Artikel, in dem über Schikanen geklagt wurde, denen unsere Stammesbrüder im Ostrowoer Gerichtsgefängnis ausgesetzt waren. Der Angeklagte Kruse hatte einen Zeugen laden lassen, um für die dort angeführten Tatsachen den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Dieser Zeuge bestätigte auch die in dem Artikel enthaltenen Angaben. Der Prozeß wurde jedoch auf Antrag des Staatsanwalts vertagt, damit auch die andere Seite, der Gefängnisdirektor und ein Gefängnisaufseher, gehört würde.

Die längste Zeit nahmen zwei im September und November 1928 in der „Deutschen Rundschau" erschienene Artikel von Paul Dobbermann in Anspruch, der denn auch zusammen mit dem Schriftleiter Kruse auf der Anklagebank Platz nahm. Die Artikel beschäftigten sich mit verschiedenen Schulpraktiken in Pommerellen, durch die deutsche Eltern genötigt wurden, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken. Das pommerellische Kuratorium erblickte darin eine Beleidigung und Verächtlichmachung und stellte Strafantrag, auf den die Staatsanwaltschaft auch reagierte. In dieser Sache hat bereits eine Verhandlung stattgefunden, die jedoch vertagt wurde, da einer der damals vorgeladenen Entlastungszeugen bereits gestorben, andere sich inzwischen einen anderen Wohnsitz ausgesucht hatten und unauffindbar waren. Andere Entlastungszeugen waren zu der am Mittwoch stattgefundenen Verhandlung leider nicht geladen worden, so daß der Belastungszeuge, der Kreisschulinspektor aus Zempelburg, ein leichtes Spiel hatte. Der vom Verteidiger eingebrachte Antrag auf Ladung neuer Zeugen, die den in den Artikeln enthaltenen Tatbestand hätten bestätigen können, wurde vom Gericht abgelehnt, wodurch den Angeklagten die Möglichkeit genommen wurde, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Einschulung deutscher Kinder in polnische Schulen wider den Willen der Eltern in verschiedenen Fällen tatsächlich erfolgt ist. Während der Verteidiger auf Freispruch der beiden Angeklagten plädierte, des Schriftleiters Kruse, weil er im guten Glauben die Artikel des Herrn Dobbermann, als des Leiters der Schulabteilung des Bureaus der deutschen Abgeordneten, in der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht habe, und des zweiten Angeklagten Paul Dobbermann, der lediglich eine sachliche Kritik an verschiedenen Schulpraktiken in Pommerellen geübt hätte, trat der Staatsanwalt für eine strenge Bestrafung ein. Der Angeklagte Kruse sei nicht so schuldlos, wie er hier aussehe. Er habe an diesen „Schmähartikeln gegen die polnischen Behörden" durch ihre Veröffentlichung mitgewirkt und dadurch den Staat im Auslande verächtlich gemacht, Herr Dobbermann aber sei dem Gericht schon seit langer Zeit bekannt. Die Verhandlung habe gerade das Gegenteil seiner Behauptungen bewiesen. Deshalb müsse er eine exemplarische Strafe für beide Angeklagte beantragen, und zwar für den Angeklagten Kruse je 200 Złoty Geldstrafe und für den Angeklagten Dobbermann für jeden Artikel je zwei Monate Gefängnis, die entsprechend zusammenzuziehen wären. Das Gericht verurteilte schließlich Herrn Kruse zu je 50 Złoty Geldstrafe und Herrn Dobbermann in einem Falle zu zwei, im anderen zu 2½ Monaten Gefängnis, die auf drei Monate Gefängnis zusammengezogen wurden. Auch gegen dieses Urteil ist sofort die Berufung angemeldet worden.

Die Presseprozesse gegen den „Kujawischen Boten" wurden vertagt, und in dem Prozeß, den der Hauptschriftleiter Jan Teska vom „Dziennik Bydgoski" gegen den verantwortlichen Redakteur des „Słowo Pomorskie" wegen Beleidigung und Verleumdung angestrengt hatte, wurde gegen diesen auf eine Geldstrafe von 150 Złoty erkannt. Ein Prozeß gegen den „Dziennik Bydgoski" selbst verfiel der Vertagung.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Pommerellen.

17. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

× **Bevölkerungsbewegung.** In der Zeit vom 7.—11. Januar gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 20 eheliche Geburten (9 Knaben, 11 Mädchen) sowie 9 uneheliche Geburten (5 Knaben, 4 Mädchen) und eine uneheliche Totgeburt (Knabe), ferner 2 Eheschließungen und 17 Todesfälle, darunter 3 Kinder bis zu einem Jahr (ein Knabe, zwei Mädchen). *

× **Der erste Tonfilm in Graudenz,** betitelt „Das Komödiantenschiff", wird zur Zeit hier in einem Kino aufgeführt. Was die stimmliche Seite des Films anbetrifft und diese kommt hier ja in allererster Linie in Betracht, so muß man sagen, daß diese Filmart, wenigstens nach der Probedarbietung, doch technisch noch einen ziemlich weiten Entwicklungsweg zurückzulegen hat, um als gänzlich fertig angesprochen zu werden. Die menschliche Stimme klingt beim Sprechen bei weitem noch nicht natürlich und rein, sondern zum großen Teile hohl, farb- und klanglos, so daß z. B. bei Szenen beweglicher, tiefernster Natur dadurch ein gewisses komisches Moment hineingetragen wird. Besseres kann man vom Gesang sagen, und auch von den einzelnen Geräuschen, wie z. B. dem Stimmengewirr, Beifallsklatschen, Ticken der Uhr, Sirenengepfeife usw. Alle heute noch vorhandenen Mängel so zu beseitigen, daß der Tonfilm einen völligen Genuß bietet, wird vielleicht in nicht allzu ferner Zeit auch gelingen. *

× **Arbeitslosen-Versammlung.** Die Graudenzer Arbeitslosen hielten Dienstag im „Bazar" eine Versammlung ab, in der die Situation für die ohne Beschäftigung und damit ohne Erwerb Befindlichen besprochen und ein neues Erwerbslosen-Komitee gebildet wurde. Die Zusammenkunft hatte einen durchaus ruhigen Charakter. *

× **Meldung von Arbeitslosen.** Die Magistratsabteilung für sozialen Schutz fordert diejenigen, im Staatlichen Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhalten, auf, sich im Rathause, Zimmer 113, zu melden. Der letzte Tag der Meldungen ist, nachdem bereits Donnerstag (Ledige) und Freitag (Familien bis drei Personen) solche erfolgen mußten, Sonnabend, 18. Januar, 9 Uhr (Familien über drei Personen). *

× **Anträge auf Ehescheidungen** wurden im Jahre 1929 beim Bezirksgericht in Graudenz 52 gestellt. 9 Ehen wurden geschieden (in Thorn in dieser Zeit 22). In 4 Fällen wurde der Ehemann, in 2 Fällen die Ehefrau und in 3 Fällen beide Gatten als schuldiger Teil erklärt. Was das Alter der Geschiedenen anbetrifft, so waren die jüngste Ehefrau wie auch der jüngste Ehemann 34, die älteste Ehefrau 59 und der älteste Ehemann 59 Jahre alt. *

× **In räuberischer Absicht überfiel** am letzten Sonnabend auf dem Wege nach Böslershöhe (Strzemięcin), einige hundert Meter vom Gute entfernt, eine bisher unermittelte Person die verheiratete Lucja Szymelfenig. Die Frau wurde von dem Strolch zur Erde gestoßen und mit einem harten Gegenstande auf den Kopf geschlagen. Sodann durchsuchte der Räuber die Handtasche der Überfallenen, fand aber nicht das gewünschte Geld. Dafür aber nahm er der Frau die in der Stadt gekauften Waren ab und entfloh. *

× **Unter den ungewöhnlich zahlreichen Wohnungs-, Boden- und Kellerdiebstählen** in letzter Zeit fiel durch die der Behörde erkenntliche Art ihrer „Arbeit" eine Bande auf. Zunächst gelang es nicht, sie dingfest zu machen, zumal oftmals unsachliche Meldungen von wirklich oder nur vermeintlich Heimgesuchten nicht gerade zu der Ergreifung beitrugen. Indessen gelang es jetzt den unausgesetzten Bemühungen der Polizei, zweier Mitglieder dieser Einbrechersippschaft habhaft zu werden. In der Nacht zum Dienstag wurden auf dem Bahnhof zwei junge Burschen namens Alfons Pitt und Edmund Krasiński, die einen Koffer trugen und durch ihr Gebaren auffielen, festgenommen. Auf dem Kommissariat stellte sich heraus, daß die beiden Spitzbuben einen Einbruch im Kolonialwarengeschäft Jędrzejewski in der Kl. Mühlenstraße (Małomłyńska) verübt haben. Weiter gestanden P. und K. auch noch eine Anzahl anderer „Haussuchungen" ein. *

× **Festgenommen** wurden laut letztem Polizeibericht 5 Personen, darunter 3 wegen Trunkenheit und 2 wegen Diebstahls. *

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Grudziądz. Auf die unwiderruflich letzte Aufführung von „Weekend im Paradies" am kommenden Sonntag, dem 19. 1., nachmittags 3 Uhr, als Fremden- und Volksvorstellung zu halben Preisen wird nochmals hingewiesen. In den Pausen finden Orchestervorträge statt. Die Aufführung ist kurz nach 6 Uhr zu Ende, so daß die Besucher zeitig mit den Zügen heimfahren können. (974 *

Die Buchhandlung Arnold Kriedte, Grudziądz, Mickiewicza 3, gibt über die Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Notenmarkt monatlich einen Anzeiger heraus, der von Dr. Horst Kriedte zusammengestellt und mit kurzen literarischen Kritiken versehen ist. Aus der Flut der deutschen Neuerscheinungen ist durch dies Verzeichnis mit großer Sachkenntnis für unsere Interessen eine Auswahl gegeben, die durch die kurzen Kritiken bei jedem Buch und durch Angabe der Preise in Złoty ganz besonderen Wert erhält. Der Anzeiger wird jeden Monat erscheinen und allen Bücherkäufern auf Wunsch kostenlos übersandt werden. (1108 *

Thorn (Toruń).

v. **Das Thorner Standesamt** registrierte in der Woche vom 5. bis 11. Januar d. J. 21 eheliche Geburten (zehn Knaben und 11 Mädchen), sowie 3 uneheliche Geburten (Mädchen). Die Zahl der Eheschließungen betrug 2 und die Zahl der Todesfälle 12. * *

v **Nochmals die Wegesteuer.** Von den steuerzahlenden Hausbesitzern wird immer wieder darüber geklagt, daß die vom Magistrat zu Unrecht erhobenen Wegesteuer-Raten bis zum heutigen Tage nicht zurückgezahlt bzw. auf andere Steuern verrechnet worden sind. Obgleich der Magistrat durch Gerichtsurteil zur Aufhebung der ungesetzlichen Wegesteuer gezwungen, diese Steuer inzwischen auch aufgehoben worden ist, wird den in der heutigen Notzeit mit Steuern schwer überlasteten Hausbesitzern eine Rückvergütung der zum Teil recht erheblichen Beträge seitens des Magistrats immer noch verweigert. * *

v **Unbequeme Haltestelle.** Die an der Esplanade befindliche Haltestelle der Elektrischen Straßenbahn der Linie Mocker ist so ungünstig gelegen, daß ständig seitens des zu ihrer Benutzung gezwungenen Publikums Klagen über ihre Lage laut werden. Das dort wartende Publikum ist ständig der Gefahr ausgesetzt, von vorbeifahrenden Autos angefahren zu werden, weil dort zwischen Straße und dem Bachegraben nur ein ganz schmaler Streifen vorhanden ist, auf den das Publikum sich stellen kann. In der jetzigen feuchten Jahreszeit werden die Kleidungsstücke der dort Stehenden von den Rädern der Autos über und über mit Kot bespritzt und der Zugang zu dieser Haltestelle ist auch nur durch vorheriges Überqueren schmutziger Fahrstraßen möglich. Diesen großen Übelständen ist leicht dadurch abzuhelfen, wenn die Haltestelle nur wenige Meter weiter nördlich verlegt wird. Dort am Ende der offenen Bache, an der Stelle, wo früher das Culmer Tor stand, hätte das Publikum einen stets trockenen Zugang vom Trottoir aus und diese Stelle bietet auch ausreichend Raum für Wartende ohne sonderliche Behinderung des dort nur geringen Verkehrs. Vor dem Bespritztwerden kann es sich durch weiteres Zurücktreten wirksam schützen. Das Elektrizitätswerk sollte diesen „Dienst am Kunden" freudig in die Tat umsetzen, zumal ihm keinerlei Unkosten daraus entstehen. Seine Kunden werden es ihm zu danken wissen. * *

v **Anpflanzung von Straßenbäumen.** Auf der Nordostseite der Straße vom Pilz zum Roten Weg (Czerwona Droga) gegenüber dem früheren Kasino, jetzigen Wohnhaus des Wojewoden, ist die städtische Gartenbauverwaltung zur Zeit damit beschäftigt, neue Bäumchen anzupflanzen. Wenngleich dieses Vorgehen sehr zu begrüßen ist, so muß es immer wieder bedauert werden, daß für das dicht daneben liegende Glacis, das in seiner Verwahrlosung geradezu einen Schandfleck für eine Regierungsstadt bedeutet, Mittel zur Behebung dieses Übelstandes nicht bereitgestellt werden. * *

v. **Straßenunfall.** Am letzten Dienstag-Wochenmarkt wurde ein älterer Mann auf dem Altstädt. Markt von einem aus der Culmerstraße kommenden Gärtnerwagen angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt leichte Verletzungen im Gesicht. * *

v. **Wegen Veruntreuung** von 252 Złoty wurde der Händler Bronisław Murawski verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. * *

v. **Autozusammenstoß.** Am Dienstag stieß in der Graudenzerstraße (Grudziądzka) die Autodroschke Nr. 23 mit dem Privatauto des Dr. Sokołowski zusammen. Bei dem Zusammenstoß erlitt das Auto des Dr. S. Beschädigungen. * *

v. **Aus der Haft entlassen** wurde der am Sonntag festgenommene Graphologe und Hellseher Karten. * *

v. **Der Polizeibericht** vom 15. d. M. verzeichnet die Festnahme von 7 Personen wegen Trunkenheit und Ausschreitung, einer Frauensperson wegen unsittlichen Lebenswandels. Außerdem gelangten 2 kleinere Diebstähle zur Anmeldung und Protokollierung. * *

m **Dirschau** (Tczew), 16. Januar. Schadenfeuer vernichtete gestern abend auf der Besitzung des Herrn Hirsch im benachbarten Czattkau eine Scheune. Die zur Brandstelle geeilte Freiwillige Feuerwehr beschränkte sich auf die Rettung der benachbarten Stallungen und des Wohnhauses. Mit der Scheune wurden eine größere Menge Futtervorräte, landwirtschaftliche Maschinen und ca 100 Zentner Roh-Tabak vernichtet. Der entstandene Schaden ist bedeutend. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. — Die hiesige Polizei verhaftete kürzlich eine Person, die im Verdacht steht, Auslandspässe gefälscht zu haben.

a. **Schwetz** (Świecie), 16. Januar. Einen schweren Verlust erlitt der Wojt Wojtalewicz aus Świekatowo im hiesigen Kreise. Er hatte vor dem Gasthause in Lonsk seinen Wagen mit zwei jungen Pferden angebunden. Plötzlich scheuten die Pferde und liefen in der Dunkelheit nach Simkau in den See, wo sie ertrunken sind. Der Schaden beläuft sich auf ca. 2000 Złoty.

w. **Soldau** (Działdowo), 16. Januar. Der am Dienstag, 14. d. M., hierselbst stattgefundene Vieh-, Pferde- und Krammarkt war bei dem schönen Wetter sehr gut von Verkäufern wie auch Käufern besucht. Der Auftrieb von Vieh war jedoch nicht zu stark, der Umsatz zufriedenstellend. Es wurden folgende Preise gezahlt: 1. Sorte Milchkühe 450—500, 2. Sorte 380—440, dritte Sorte 300—375 und 4. Sorte 220—290 Złoty; hochtragende Färsen brachten 350 bis 420, nicht tragende 200—330 Złoty je nach Qualität. Jungbullen kosteten 150—200 Złoty pro Stück. Fettvieh 1. Sorte Bullen 55—60, 2. Sorte 48—54 Złoty pro Zentner. Der Pferdeumsatz war trotz der billigen Preise nicht nennenswert, so daß mancher Verkäufer es doch vorzog, sein Roß nach Hause zu nehmen, und auf Preissteigerung zu warten. Der Krammarkt zeigte eine lebhafte Bewegung, so daß Verkäufer und Käufer sehr gut auf ihre Rechnung gekommen sein mögen. — Am Mittwoch, 15. d. M., fand anschließend in Heinrichsdorf (Płośnica) hiesigen Kreises ebenfalls ein Vieh-, Pferde- und Krammarkt statt. Der Auftrieb war trotz des schönen Wetters nur mittelmäßig. Käufer waren wohl mehr vorhanden als Verkäufer, so daß die Preise nach dem gestrigen Soldauer Markt um etwa 10 bis 30 Złoty pro Stück angezogen hatten.

h **Strasburg** (Brodnica), 16. Januar. In der Zeit vom 13. bis 31. Dezember verzeichnete das hiesige Standesamt 16 Geburten (darunter 2 uneheliche) und 9 Todesfälle. — In Wapiersk entstand ein Feuer im Gehöft der Frau Majka. Abgebrannt sind ein Stall und eine Scheune mit Getreide. Der Brandschaden wird auf etwa 8000 Złoty geschätzt.

⚒ **Zempelburg** (Sępólno), 16. Januar. Am vergangenen Sonntag abend fand im hiesigen evangelischen Gemeindesaal unter zahlreicher Beteiligung der Gemeindemitglieder aus Stadt und Land eine Lichtbilder-Vorführung aus dem Leben Dr. Martin Luthers statt, die bei allen Teilnehmern einen bleibenden Eindruck hinterließ. Anschließend daran gelangte noch ein interessanter Film von der deutschen Heidenmission in China zur Vorführung, der äußerst lehrreich war und den Zuschauern die oft nicht leichte Arbeit und Tätigkeit der dort wirkenden Missionare vor Augen führte. Die Erklärungen zu den einzelnen Bildern gab der hiesige Missionar Schnarr. — In der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde betrug im verflossenen Jahre die Zahl der Taufen 33 (14 Knaben und 19 Mädchen), der Konfirmanden 49 (21 Knaben und 28 Mädchen) der Trauungen 23 und der Todesfälle 48, und zwar 27 männliche und 21 weibliche.

Der Fall Schacht.

Was wollte der Reichsbankpräsident mit seinem Vorstoß bezwecken?

Aus Berlin wird uns von parteilich unbeeinflußter Seite geschrieben:

Was wollte Schacht? Man wird diese Frage nach einiger Überlegung vielleicht doch beantworten können. Daß seine Weigerung, die Reichsbank an der Tributbank nicht zu beteiligen, nicht sogleich zu einer Revision des Ergebnisses beider Haager Konferenzen und zur Aufgabe aller über den Youngplan hinaus aufgestellten Forderungen der Gläubigermächte führen würde, darüber war sich Schacht wohl klar. Und wenn er mit seiner Erklärung, daß er einer reichsgesetzlichen Verpflichtung der Reichsbank zur Beteiligung an der Tributbank keine Hindernisse in den Weg legen werde, schließlich doch eine Möglichkeit geschaffen hat, persönlich die Interessen Deutschlands in der Reparationspolitik zu vertreten, so muß man annehmen, **daß die Aktion Schachts ein anderes Ziel hatte, als die Haager Konferenz zum Auffliegen zu bringen.** Nach der Ratifizierung des Youngplanes durch die Parlamente wird der Schwerpunkt der Reparationspolitik, technisch gesehen, nicht mehr vor allem bei den Regierungen, sondern zum großen Teil bei der Internationalen Tributbank liegen. Dort werden in erster Linie die Hebel angesetzt werden müssen, um eine Verbesserung der deutschen Position herbeizuführen, dort liegen die Entscheidungen über die finanziellen Fragen, über die Fragen von Moratorien, kurz, über alle Probleme, die, solange eine politische Revisionsmöglichkeit nicht gegeben ist, die Ansatzpunkte für die Revision aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen bilden. Der deutsche Reichsbankpräsident hat als Hauptsachverständiger seinen Namen unter den Youngplan in seiner Pariser Fassung gesetzt und trägt infolgedessen als einer seiner Väter eine starke Verantwortlichkeit für den Inhalt dieses Instrumentes. **Wäre Dr. Schacht, ohne gegen die Verschlechterungen des Youngplanes Protest zu erheben, durch eigene Zustimmung und nicht gezwungen durch ein Reichsgesetz, wie dies jetzt geplant ist, zum Träger der deutschen Reparationspolitik in der Tributbank geworden, so hätte seine Position immer in dem Augenblick unerträglich werden müssen, in dem er eine deutsche Reparationspolitik, d. h. eine Revisionspolitik versucht hätte.** Die Gläubiger hätten ihn auf seine Unterschrift unter dem Young-Plan verweisen können und auf den freiwilligen Eintritt der Reichsbank in die Tributbank, wenn er, unter Betonung der Undurchführbarkeit dieses Zahlungsplans, eine Änderung verlangt hätte. Diese Gefahr ist beseitigt. Schacht wird durch ein im Haag mit den Gläubigern vereinbartes Reichsgesetz in die Tributbank kommandiert. Er ist nicht verpflichtet, die schweren Bedenken gegen die Verschlechterungen des Young-Plans, die er in seinem Memorandum an die Reichsregierung, in seinem Brief an den Vorsitzenden des Organisationsausschusses für die Tributbank und in seiner jetzigen Haager Erklärung deutlich genug ausgesprochen hat, bei der Arbeit der Tributbank in den Hintergrund zu stellen, sondern er wird bei der ersten Gelegenheit an sie anknüpfen können. Das ist ein wertvoller Vorteil für die deutsche Reparationspolitik der Zukunft.

Man wird in manchen Kreisen nun von einem Umfall Schachts sprechen wollen. Auf der Linken, weil man diesen mutigen Kämpfer haßt. Auf der Rechten, weil man der Meinung ist, er hätte, wäre er unnachgiebig geblieben, vielleicht die Konferenz sprengen und den Young-Plan auf diese Weise abwenden können. Dabei hat Herr Schacht gerade das getan, was der Unterzeichner des Young-Plans tun konnte und mußte. Das ist mehr als die Lebensleistung manches besserwissenden Schreihalses.

*

Schacht und Moldenhauer.

Eine recht instruktive Analyse der Motive, die den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu seinem sensationellen Vorstoß im Haag bewegten, finden wir in einem Aufsatz des demokratischen „Hamburger Fremdenblattes", das die letzten Haager Vorgänge wesentlich anders beurteilt als die demokratische Presse der Reichshauptstadt. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende Ausführungen:

„Man verkennt bewußt, daß das Vorgehen Schachts, finanziell-sachlich gesehen, durchaus logisch ist. Denn das Dezember-Memorandum an die Reichsregierung, die Ablehnung, als Sachverständiger mit nach dem Haag zu gehen und der Ende Dezember an die Reichsregierung und an den Vorsitzenden des Internationalen Bankkomitees, den Amerikaner Reynold, übersandte Brief — das alles bewegt sich auf einer einzigen Linie, und es besagt nichts gegen Schacht, wenn er sich, durch Gesetz gezwungen, seinem Vaterland zur Verfügung stellt und in Zukunft als deutsches Mitglied der Bank für Internationale Zahlungen angehören will. Seine Linie ist die: Sanierung der deutschen Finanzen und Vermeidung weiterer Bepackung des Youngplans über die Pariser Abmachungen hinaus. Dr. Schacht ist im Hauptamt Präsident der Reichsbank und als dieser derjenige, der verantwortlich ist f'r den Schutz der deutschen Währung. Und es kann nicht oft genug betont werden, daß alle wirtschaftlichen Fortschritte in Deutschland nichts bedeuten gegenüber dem Haupterfordernis der Aufrechterhaltung der deutschen Währung. Darüber wird bei allen Deutschen, soweit sie diesen Namen verdienen, nur eine Meinung sein.

Doch ist es wirklich so? Es ist anzuerkennen, daß der Rest des Kabinetts, der in Berlin verblieben ist und der wesentlich unter sozialdemokratischem Einfluß steht, die Forderung der sozialdemokratischen Presse und Gewerkschaften nicht akzeptiert und mit dem Reichsbankpräsidenten weiter verhandelt hat. Aber das ändert doch nichts an der Tatsache, daß die Sozialdemokraten im Ausland Stimmung gegen Schacht machen, damit der unliebsame Reichsbankpräsident beseitigt und auch die Unantastbarkeit der Stellung des Reichsbankpräsidenten durch die politischen Parteien aufgehoben werde.

Noch steht der unantastbare Reichsbankpräsident diesem Treiben entgegen, und deshalb wird es notwendig, alles, was am Gedeih unserer Heimat Interesse hat, zusammenzufassen in der Forderung, daß an dieser Stellung des Reichsbankpräsidenten nichts geändert wird. Die Änderung der Struktur der Reichsbank ist aktuell. Die Änderung wird äußerlich notwendig, weil die internationalen Mitglieder des Generalrats der Reichsbank bei der Inkraftsetzung des Young-Plans ausscheiden und durch deutsche ersetzt werden. Auch die Stellung des Reichsbankpräsidenten wünscht die Linke zu ändern. **Es mag genügen, daß diese Stelle gegen den Willen des Reichspräsidenten nicht besetzt werden kann. Aber eine weitere Änderung der Stellung und insbesondere eine stärkere Einflußnahme des Reichs auf die Notenbank muß durchaus abgelehnt werden.** Bis jetzt sind der Kontokorrent des Reiches bei der Reichsbank auf 100 Millionen Mark und die Schatzwechsel-Rediskontfähigkeit auf 400 Millionen Mk. beschränkt. Wer sich daran vergreift, sündigt an der deutschen Währung.

Vor allem wollen wir es dabei belassen, daß es in Deutschland noch eine Stelle gibt, die für ihre Handlungen persönlich verantwortlich ist, und nicht diese letzte Verantwortung den Parteien übergeben, die nicht haftbar gemacht werden können. Dr. Schacht hat anscheinend einen Mann gefunden, der sich ihm zur Seite stellt. Es ist der Reichsfinanzminister Prof. Dr. Moldenhauer, der trotz der Schwächung der Stellung der deutschen Delegation im Haag durch die deutsche linksdemokratische und sozialdemokratische Presse die wirtschaftlichen Gesichtspunkte dort würdig vertreten hat. Er ist es auch, der sich gegen eine Änderung des § 6 des Reichsbankgesetzes, der sich mit der Verwaltung der Reichsbank befaßt, eindeutig ausgesprochen hat und bereit ist, seine äußerste politische Konsequenz zu ziehen, falls in der nahen Zukunft Änderung des § 6 ernstlich zur Debatte stehen sollte. Wir begrüßen diesen Entschluß und freuen uns, daß noch ein anderer Mann in Deutschland aufgestanden ist, der wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen bereit ist gegenüber politischen Intrigen."

Die Reichsbank einst und jetzt.

Die gesetzlichen Grundlagen des deutschen Banknoteninstituts.

Das Reichsbank-Statut wird durch den Young-Plan geändert. **Die bis dahin geführten Auseinandersetzungen über das Ausmaß der neuen gesetzlichen Bestimmungen sind plötzlich durch das bekannte Vorgehen Dr. Schachts auf das Gebiet der Politik abgedrängt worden. Dabei wird in teils mehr teils weniger sachlicher Form über die Stellung des Reichsbankpräsidenten bzw. über die Bestimmungen des Bankgesetzes diskutiert. In Folgendem sei das wesentlichste Tatsachenmaterial zusammengestellt.**

Die Deutsche Reichsbank wurde im Jahre 1875, vier Jahre nach der Reichsgründung geschaffen. Ihre Aufgabe bestand in der Kontrolle über das deutsche Geld- und Währungswesen im Inland bzw. in der Kontrolle über die deutschen Gelder im Ausland. Die Reichsbank ist dieser Hauptaufgabe in zufriedenstellender Weise gerecht geworden. Seit dem Jahre 1875 wurde eine mehrfache Änderung der gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen, stets im Hinblick auf eine Stärkung der Position der Reichsbank, bzw. eine Geschäftserweiterung entsprechend den Ansprüchen der Wirtschaft. Aus dem Aufbau der Reichsbank sei im Wesentlichen der Punkt hervorgehoben, daß an der Spitze der Reichsbank der Reichskanzler stand, dem als verwaltende und ausführende Behörde das Reichsbankdirektorium unterstand. Die Aufsicht über die Bank wurde durch ein Kuratorium, das sich aus den vom Kaiser und von dem Bundesrat ernannten Mitgliedern zusammensetzte, ausgeübt. Den Vorsitz führte der Reichskanzler. Aus dieser Konstruktion ergab sich, daß dem Reich ein maßgebender Einfluß auf die öffentlichen Funktionen der Bank eingeräumt war.

In krassem Gegensatz dazu ist die Reichsbank heute fast völlig autonom. Diese Selbständigkeit ist das Ergebnis der Inflationswirtschaft, die eine Unabhängigkeit der Reichsbank von der Regierung dringend forderte. **Die deutsche Währung war seit Ausbruch des Krieges, in besonders verschärftem Maße aber seit dem Ruhrkampf, völlig zerrüttet worden.** Eine unsinnige Finanzierungspolitik führte zu einem ungeheuerlichen Anschwellen des Notenumlaufes, das eine Entwertung des Geldes und das Aufhören seiner wichtigsten Eigenschaft als Zahlungsmittel zur Folge hatte. Der Goldbestand der Reichsbank war von seiner einst so stolzen Höhe von über 2,2 Milliarden Mark auf etwas mehr als 400 Millionen zurückgegangen. Jeder, nicht allein die Wirtschaftsführer und -politiker, nein, der einfache Mann des Volkes empfand, daß das Deutsche Reich ein neues Zahlungsmittel benötige, nachdem die Mark in Wirklichkeit aufgehört hatte zu existieren. Das Wichtigste war also, ein neues Zentralnoteninstitut zu schaffen, das eine neue Währung ins Leben rufen sollte. Wie aber sollte das möglich sein, da die wichtigste Grundlage, die Golddeckung, fehlte! Daß die bei der Reichsbank noch vorhandenen 400 Millionen für die Schaffung einer deutschen Währung nicht ausreichten, verstand sich von selbst. Konnte doch damit der tatsächliche Bedarf an Zahlungsmitteln nicht gedeckt werden. Das Naheliegende war selbstverständlich, durch eine Anleihe bei dem Ausland die Basis für die neue Währung zu schaden. Aber in jenen Tagen, da das Vertrauen zum deutschen Volk und zur deutschen Wirtschaft im Ausland völlig geschwunden war, gab es keine Möglichkeit, Geld aufzunehmen. In dieser so überaus schwierigen Situation wurde ein Plan ausgearbeitet, der dem Reiche ein Darlehen erschloß. Der Grundgedanke der Lösung ging auf einen Plan Helfferichs zurück, die neue Währung auf einer Belastung des Vermögens der deutschen Wirtschaftskreise aufzubauen. Hierbei konnte es sich selbstverständlich nur um eine Notlösung handeln. Denn bei der tatsächlich bestehenden internationalen Verflechtung der Wirtschaftsverhältnisse mußte über kurz oder lang doch wieder eine Goldbasis für die deutsche Währung geschaffen werden. Deswegen war die Rentenmark von Anfang an zeitlich begrenzt.

Wir alle haben das Wunder erlebt, daß die Stabilisierung der deutschen Währung trotz aller ungünstigen Voraussagen **erreicht** wurde. Um sie zu erhalten, mußte das Reparationsproblem seiner endgültigen Lösung zugeführt werden. Der deutsche öffentliche Haushalt war zu bereinigen. Ende 1923 wurden zwei Ausschüsse aus Sachverständigen alliierter und assoziierter Mächte gebildet, die auf Vorschlag Deutschlands die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen sollten. Sie wurden von deutscher Seite weitestgehend unterstützt. Dann, nach Abschluß der Arbeiten, wurde ein Gutachten ausgearbeitet, das in Abschnitt 6 seines ersten Teiles die Stabilität der Währung und die neue Notenbank behandelte. Man war zu dem Ergebnis gekommen, daß eine einheitliche und stabile Währung für die Sanierung der deutschen Finanzen und die Wiederherstellung des deutschen Auslandskredites notwendig sei. Diese Währung sollte durch Errichtung einer neuen Notenbank oder durch Umbildung der Reichsbank ermöglicht werden. Diese Bank hat das ausschließliche Recht der Notenausgabe in Deutschland auf fünfzig Jahre. Eine Drittel-Deckung der Noten durch Gold und Devisen wurde vorgeschlagen. Außerdem sollte die Bank frei sein von jeder Kontrolle oder Einmischung der Deutschen Regierung. Diese letzte Bestimmung erschien nach den Erfahrungen der Inflationszeit als selbstverständlich. Nur sehr wenig Personen dachten daran, daß sich aus dieser Stellung der Reichsbank auch einmal schwere Konflikte ergeben könnten.

Bekanntlich soll das Reichsbankstatut geändert werden, indem jede Beteiligung und Einmischung der ausländischen Interessenten, wie sie im Bankgesetz vom 30. August 1924 vorgesehen war, beseitigt wird. Nunmehr ist auch die Frage akut geworden, ob die Reichsbank ihrer Konstruktion nach nicht wieder wie einst einer Behörde des Reiches gleichgeordnet werden soll, und ob dabei genügend Sicherungen dafür getroffen werden können, daß die Reichsbank ihrer wesentlichsten Aufgabe, die Währung zu schützen, gerecht wird.

Aus dem Bankgesetz vom 30. August 1924 seien folgende Bestimmungen erwähnt:

§ 1 Abs. 1. **Die Reichsbank ist eine von der Reichsregierung unabhängige Bank,** welche die Eigenschaft einer juristischen Person besitzt und die Aufgabe hat, den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiete zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen.

§ 2 Abs. 1 und 2. Die Reichsbank hat auf die Dauer von 50 Jahren das ausschließliche Recht, Banknoten in Deutschland auszugeben.

Die bestehenden Notenausgaberechte der Bayerischen Notenbank, der Württembergischen Notenbank, der Sächsischen Bank und der Badischen Bank bleiben unberührt. Die Höchstgrenze, bis zu welcher Privatnotenbanken Banknoten auszugeben befugt sind, darf den Betrag von 194 Millionen Reichsmark insgesamt nicht übersteigen.

§ 3 Abs. 1 (S. 1) Die Banknoten lauten auf Reichsmark. (S. 2) Die Reichsbanknoten sind außer Reichsgoldmünzen das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland.

§ 6 Abs. 1 (S. 1) Die Bank wird verwaltet durch das Reichsbankdirektorium, das aus einem Präsidenten als Vorsitzenden und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern besteht.

Abs. 2. Präsident und Mitglieder müssen deutsche Reichsangehörige sein.

Abs. 3. Das Reichsbankdirektorium faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

Abs. 4 (S. 1). Der Präsident wird vom Generalrat in der Weise gewählt, daß eine Mehrheit von 9 Stimmen vorhanden sein muß, der mindestens 6 deutsche Stimmen angehören.

Abs. 5 (S. 1) Lehnt der Reichspräsident seine Unterschrift bei einem Gewählten ab, so hat eine Neuwahl stattzufinden.

Abs. 8. Die Amtsdauer des Präsidenten beträgt 4 Jahre. Der Präsident und die Mitglieder sind wieder wählbar.

Dr. K.

Das künftige Reichsbankstatut.

Über das künftige Reichsbankstatut, wie es von dem hierfür eingesetzten Organisationskomitee einstimmig beschlossen worden ist und bei Zustandekommen des Haager Abkommens angenommen werden muß, verlautet Folgendes:

Das neue **Reichsbankstatut** beruht auf drei Grundsätzen: **dem Wegfall der ausländischen Kontrollorgane, der Unabhängigkeit der Reichsbank und der Aufrechterhaltung der Münzparität.** Diese Grundsätze bildeten auch die Richtlinien für die Arbeiten des Organisationskomitees.

Letzteres verfuhr bei seiner Arbeit in der Weise, daß die Bestimmungen des alten, bisher gültigen Reichsbankgesetzes daraufhin durchgesehen wurden, welche Kontrollorgane in Wegfall zu kommen hätten, welche Bestimmungen aus der internationalen Bindung zu entlassen wären, und welche anderen Bestimmungen aufrecht zu erhalten seien. Der vom Komitee aufgestellte Bericht enthält besondere Anlagen, **worin die fraglichen Bestimmungen** aufgeführt werden.

Hingewiesen muß ferner noch darauf werden, daß auch die Bestimmungen des Münzgesetzes, sowie des Gesetzes über die Liquidierung der Rentenmark international gebunden waren und daß auch diese Bestimmungen nunmehr von dieser Bindung frei werden. Der Charakter dieser internationalen Bindungen geht dahin, daß diese Bestimmungen nur unter ganz besonderen Voraussetzungen abgeändert werden dürfen. Wenn z. B. die deutsche Regierung eine solche Abänderung beabsichtigt, muß sie sich erst mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu diesem Zweck in Verbindung setzen, da nur mit deren Einverständnis solche Abänderungen vorgenommen werden dürfen. Sollte dieses Einverständnis nicht erzielt werden, so müßte das im Young-Plan vorgesehene Schindsgericht darüber entscheiden, ob die beantragte Änderung mit den Grundsätzen des Young-Planes in Einklang zu bringen ist.

Die beizubehaltenden Bestimmungen sind die folgenden: §§ 1, 2 des bisherigen Bankgesetzes; Notenprivileg und Unabhängigkeit der Reichsbank; § 3 Festsetzung der Eigenschaft Noten als gesetzliches Zahlungsmittel; § 6, der eine der wichtigsten Bestimmungen darstellt, da er die Organisation der Reichsbankleitung regelt. Gegenüber der bisherigen Regelung, wo der Reichspräsident nur ein formales Vetorecht gegenüber der Ernennung des Reichsbankpräsidenten hatte, wird dieses Recht **jetzt in ein echtes und wirkliches Recht umgewandelt.**

Dies gilt auch für die Berufung des Reichsbankpräsidenten und für die Erneuerung seines Mandates um weitere vier Jahre. Ein Gleiches gilt für die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums; im übrigen ist dieser Paragraph gegenüber der bisherigen Fassung unverändert geblieben; § 9 Ernennung der Reichsbankbeamten durch den Reichsbankpräsidenten; § 10 Anpassung der Gehälter der Reichsbankbeamten an die reichsgesetzliche Regelung; § 12 Generalversammlung; §§ 14 bis 18, die die Bestimmungen über den Generalrat enthalten, der künftig statt aus 14 nur noch aus 10 Mitgliedern bestehen wird, die alle Deutsche sein müssen, während nach dem bisherigen Zustand 50 Prozent Ausländer waren. Insbesondere bringt § 16 Bestimmungen über Wahl und Zusammensetzung des Generalrats, die im Wege der Kooptation geschehen müssen. § 17 bringt eine neue Bestimmung, indem er feststellt, daß Staatsbeamte oder andere Personen, die von Reichs oder Staats wegen Gehälter beziehen, nicht Mitglieder des Generalrats werden dürfen, es sei denn, daß es sich hierbei um Ruhegehälter handelt. Diese Bestimmung bezweckt in besonderem Maße die Erhaltung der Selbständigkeit der Reichsbank; § 22 Grundlagen für die deutsche Währung und die deutsche Notenbank, sowie Goldankaufspflicht; § 25 enthält eine geringfügige technische Änderung, da der Glattstellungstermin gegenüber dem Reiche nicht mehr der Jahresultimo, wie bisher, sondern der 15. Juli jeden Jahres sein soll; § 27 betrifft den Notenkommissar, dessen Amt bisher von einem Ausländer, in Zukunft jedoch von einem Deutschen, nämlich dem Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, bekleidet werden muß; §§ 28 und 29 Notendeckung; § 30 Goldeinlösungspflicht; §§ 45 und 46 Steuerprivilegien und andere Vorrechte der Reichsbank.

Die nichterwähnten Paragraphen enthalten diejenigen Bestimmungen, die nicht international gebunden bleiben. Hinsichtlich dieser ausgefallenen Bestimmungen, sowie im übrigen ist die deutsche Alternative hinsichtlich des künftigen Bankgesetzes vollkommen frei, wenn auch die Gegenseite bei den Verhandlungen des Organisationskomitees nicht uninteressiert daran war, wie das Bankgesetz hinsichtlich dieser übrigen Bestimmungen aussehen wird, was namentlich mit bezug auf die eingangs erwähnten drei Grundsätze der Fall war.

Der Sejm zur Innenpolitik.

Aussprache über Bartels Programm.

Warschau, 16. Januar. (PAT) Die gestrige Sejmsitzung wurde vorwiegend mit der Diskussion über die neulich gehaltene Programmrede des Ministerpräsidenten Bartel ausgefüllt. Im Namen der Klubs der Wyzwolenie, der PPS, der Bauernpartei, der Piasten, der Christlichen Demokratie und der Nationalen Arbeiterpartei gab der Abgeordnete Róg (Wyzwolenie) folgende Erklärung ab:

„Der Beschluß des Sejm vom 6. Dezember v. J., in welchem der Rücktritt des Kabinetts Switalski gefordert wurde, hat den entschiedenen Willen der Volksvertretung zum Ausdruck gebracht, nicht allein eine Änderung in der Zusammensetzung des Ministerrats, sondern in erster Linie eine Änderung des Regierungssystems durchzuführen, das nach unserer festen Überzeugung den Staat unbedingt inneren sozialpolitischen Erschütterungen und der Vertiefung der Wirtschaftskrisis entgegenführen muß. Während der Regierungskrisis haben wir dem Präsidenten der Republik gesagt, was wir unter der Änderung des Systems verstehen, und zwar:

1. Daß die Verfassung, die Gesetze und das autonome Statut der Schlesischen Wojewodschaft in vollem Umfange Anwendung finden.
2. Daß die Revision der Verfassung grundsätzlich lediglich auf dem legalen verfassungsmäßigen Wege unter Einstellung jeglicher Propaganda zugunsten eines Staatsstreichs in irgendeiner Form durchgeführt wird.
3. Daß das Gerichtswesen, die Staatsverwaltung und das Militär von Einflüssen irgendeiner Partei oder eines politischen Lagers unabhängig gemacht wird.
4. Daß die Fundamente der dem Volke durch Gesetze garantierten Selbstverwaltung strikte gewahrt werden.
5. Daß der Willkür der Organe der Staatsverwaltung mit den Pressebeschlagnahmen, politischen Repressalien und anderem mehr ein Ende gemacht wird und die festgestellten Fälle von Mißbräuchen zum Schaden des Staatsschatzes untersucht werden.
6. Daß keine Subsidien aus dem Staatsschatz für irgendwelche parteipolitische Zwecke, für Wahlen, für die Parteipresse usw. gezahlt werden, daß man davon Abstand nimmt, Organe der Staatsverwaltung, des Militärs, der militärischen Schulung zu persönlichen oder auch parteipolitischen Abrechnungen zu gebrauchen.

Wir stehen auch weiterhin auf dem Boden dieser Grundsätze, die unser Verhältnis zum Regierungssystem festlegen. Daher wird unser Verhältnis zum Kabinett des Herrn Bartel davon abhängen, ob dieses Kabinett in seiner Tätigkeit sich nach den erwähnten Grundsätzen richten wird, die wir als eine Staatsnotwendigkeit ansehen. Polen steht vor der Notwendigkeit, Probleme zu lösen, die eine entscheidende Bedeutung für seine Zukunft haben. Alles dies erfordert ebenso wie die bereits begonnenen Arbeiten an der Revision der Verfassung eine ganz andere politische Atmosphäre wie die, die sich durch das bisherige Regierungssystem herausgebildet hat.

Abg. **Winiarski** (Nationaler Klub) erhob den Einwand, daß Ministerpräsident Bartel die Lage im Staate nicht synthetisch dargestellt und auch nicht den Ausweg aus der gegenwärtigen Krisis gezeigt hat. Er ist der Meinung, daß es Pflicht der Regierung sei ,mit einer Initiative zur Besserung des Loses der Beamten hervorzutreten. Anerkennung verdient, sagte der Redner, die Ankündigung des Ministerpräsidenten, daß die Verwaltung parteilos sein solle. Wir können uns nicht mit der „Kapitulation gegenüber Deutschland" einverstanden erklären. Diese kann uns zur Rolle eines ausschließlichen Agrarlandes und eines Absatzmarktes für die deutsche Industrie degradieren. Der Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, Gesetze und Ausführungsbestimmungen zum Konkordat zu erlassen und weist auf die Gefahr hin, die der alten polnischen evangelisch-augsburgischen Kirche von der preußischen unierten Kirche droht. Was das Problem der nationalen Minderheiten anbelangt, so ist der Redner dadurch beunruhigt, daß im gegenwärtigen Kabinett Minister Józewski sitzt; er warnt vor der Schwächung des Besitzstandes des polnischen Elements in den Ostgebieten. Wir begrüßen gern, meinte der Redner weiter, die zuvorkommenden Worte des Ministerpräsidenten, denn diese sind selten, und wir schließen gern die Augen vor Perspektiven des Kampfes. Wir fürchten jedoch, daß sich die Zusammenarbeit nicht auf die Verständigung mit den Linksparteien zur Verabschiedung des Staatshaushalts beschränken werde. Zum Schluß sagte Herr Winiarski: „Wir werden jegliche für das Land nützliche Absichten unterstützen, glauben jedoch nicht, daß die Regierung des Herrn Bartel die Kraft haben wird, eine gründliche Sanierung der Republik durchzuführen."

Abg. **Utta** (Deutscher Klub) gab hierauf für seine Parteifreunde eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle im Wortlaut wiedergeben.

Abg. **Lucki** (Ukrainischer Klub) brachte die Klagen der ukrainischen Minderheit vor und beklagte sich, daß deren Forderungen bis jetzt nicht verwirklicht worden sind. Er betonte, daß das Minderheitenproblem aufgehört hat, eine innere Angelegenheit des Staates zu sein.

Abg. **Hartglas** (Jüdischer Klub) beschwerte sich über die Behandlung des jüdischen Schulwesens, über die übermäßige Belastung der Bevölkerung, über die Einstellung der Regierung zur Sonntagsruhe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung diese Fragen regeln werde.

Abg. **Kohut** (Radikalukrainischer Klub) kritisierte die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die nationalen Minderheiten, die durch die Verfassung garantierten Bürgerrechte nur unter der Bedingung genießen könnten, daß sie loyal sind.

Im Namen der revolutionären Fraktion der PPS erklärte Abg. Smólikowski, daß sein Klub weit entfernt von dem Optimismus des Ministerpräsidenten Bartel ist, sofern es sich um die Zusammenarbeit mit dem Sejm handelt. Sein Klub steht auf dem Standpunkt einer sachlichen Einstellung gegenüber den Schritten der Regierung und hält es eines polnischen Bürgers unwürdig, seinen Standpunkt zu den Staatsnotwendigkeiten von dem Standpunkt der Regierung gegenüber den einzelnen Forderungen der sozialen oder politischen Gruppen abhängig zu machen. Für die wichtigste Aufgabe der Regierung hält der Redner die intensive Organisation des Wirtschaftslebens. Mit Befriedigung nimmt er die Ankündigung von Anordnungen über die Arbeitslosen, über die Kollektivverträge, den Plan zum Bau von kleinen Wohnungen sowie den Gesetzentwurf über die Zusammenlegung der Sozialversicherungen zur Kenntnis und richtet an die Regierung den Appell, in der Aktion der Gesundung der Verhältnisse in den Krankenkassen nicht zu ruhen. Die Aufgabe der gegenwärtigen Regierung sei die Revision der Verfassung. Die Ankündigung der Regierung in der Frage der Forderungen der Staatsbeamten könne nicht als ausreichend angesehen werden, man müsse fordern, daß solche Quellen gefunden werden, aus denen man dieses Problem definitiv regeln könnte. Der Redner ist der Überzeugung, daß die Regierung, an der Marschall Pilsudski teilnimmt, die politische Lage im Interesse des allgemeinen Wohles schnell klären wird.

Nach einer Rede des Abgeordneten Gawrylik von der weißrussisch-kommunistischen Fraktion wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. Der Antrag wurde mit 135 gegen 81 Stimmen angenommen, so daß die Aussprache über das Regierungsprogramm damit beendigt ist. Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf ein Mißtrauensvotum für die Regierung findet in der nächsten Sitzung statt, zu der die Abgeordneten schriftlich eingeladen werden sollen.

Die Verfassungsreform in der Kommission.

Warschau, 16. Januar. (PAT.) In der Verfassungskommission des Sejm hat gestern die allgemeine Aussprache über die Entwürfe zur Verfassungsreform begonnen. Als erster ergriff das Wort der Abg. Winiarski vom Nationalen Klub, der erklärte, daß seine Partei die jetzige Verfassung nicht als schlecht, aber als unzeitgemäß ansehe. Wir verfolgen, sagte der Redner, das Ziel, dem Staat eine gute und ständige Organisation zu geben. Es muß jedoch eine vollkommene Revision durchgeführt werden. Der Redner spricht sich für die Beibehaltung des Senats und die Gleichberechtigung beider Kammern in der Frage der Gesetze und der Kontrolle über die Regierung und in manchen Fragen für den Vorrang des Sejm aus. Die Partei des Redners ist mit der Erhöhung des Alters der Wahlberechtigten einverstanden, schlägt die Verringerung der Zahl der Abgeordneten vor und tritt dafür ein, daß die Hälfte der Senatoren durch allgemeine Wahlen gewählt, die andere Hälfte von Vertretern wirtschaftlicher und kultureller Interessen in Vorschlag gebracht werden sollen. Herr Winiarski widersetzt sich der Berufung der Senatoren durch Ernennung, spricht sich für die Stärkung der Macht des Präsidenten der Republik, d. h. der Macht der Regierung aus, da man nach Ansicht des Redners diese Dinge nicht trennen dürfe, schlägt u. a. das Veto für den Präsidenten der Republik vor und hält die Wahl des Präsidenten durch eine Volksabstimmung für gefährlich; er will das gegenwärtige Wahlsystem beibehalten wissen.

Auf das Projekt des Linksklubs eingehend, widersetzt sich der Redner der von der Linken vorgeschlagenen Autonomie für die nationalen Minderheiten. Herr Winiarski hat die Hoffnung, daß der gegenwärtige Sejm gewisse nützliche Dinge werde vollbringen können, sollte es jedoch zur Besserung der Struktur nicht kommen, so müßten wir uns, sagte der Redner, an den Präsidenten der Republik mit dem Vorschlage wenden, den Sejm aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Nach der Rede des Abgeordneten Winiarski wurde zu einer formellen Bemerkung dem Abg. Pilsudski das Wort erteilt, der erklärte, daß trotzdem vom formalen Gesichtspunkt der Antrag des Nationalen Klubs in der Frage der Verfassungsreform, weil er nicht 111 Unterschriften aufweist, nicht als Grundlage für eine Diskussion und für Beschlüsse des Sejm angenommen werden kann, der Klub der Zusammenarbeit mit der Regierung sich einer solchen Behandlung der Materie nicht widersetze. Der Regierungsklub habe stets den Standpunkt vertreten, daß in einer so wichtigen Frage wie es die Verfassungsreform ist, einer jeden politischen Gruppierung die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihr Projekt vorzulegen. Der Vorsitzende Abg. Czapinski stellt seinerseits fest, daß der Entwurf des Nationalen Klubs in der vorigen Session nicht als formaler Antrag, sondern als Material zur Diskussion eingebracht worden ist.

Abg. **Baginski** (Wyzwolenie) kritisiert das Projekt des Nationalen Klubs und wirft dem Projekt des Regierungsklubs Mangel an klaren Doktrinen und Entscheidungen vor. Im besonderen sieht er in dem Entwurf des Regierungsklubs eine übermäßige Stärkung der Macht des Präsidenten der Republik. Die gegenwärtigen Berechtigungen des Staatspräsidenten seien nicht so gering, würden allerdings nicht voll ausgenutzt. Weiter wendet sich der Redner gegen die allzu hohe qualifizierte Mehrheit für den Sturz der Regierung, wie sie im Projekt des Regierungsklubs vorgesehen ist, und auf die Frage der Dekrete eingehend, erklärte er, daß die Regierung durch die Art des Dekretierens Polen Schaden zugefügt habe, da von ihr Dekrete erlassen worden seien, die über den Rahmen der Verfassung hinausgehen. Die Frage der Selbstverwaltungen hält der Klub des Redners für eine Frage von hervorragender Bedeutung. Die Vertreter der Massen der Bevölkerung müßten das parlamentarische System verteidigen, da dies der einzige Weg sei, den breiten Schichten der Bevölkerung den Einfluß auf die Regierung im Staate sicherzustellen.

Nach dieser Rede wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Der Flug zum Monde.

Daß Fachgelehrte dem Wunschtraum ungezählter Jahrhunderte, einen Flug zum Monde durchzuführen, nicht nur nicht skeptisch, sondern meist auch fördernd gegenüberstehen, beweist eine Unterredung, die ein Redakteur der „Prager Presse" mit dem Professor Prey, der der Leiter des astronomischen Institutes der deutschen Universität in Prag ist, hatte und worin er sich diesem gegenüber in optimistischem Sinne ausgesprochen hat.

Wir lassen diese Unterredung hier folgen:

Drei Fragen sind es vor allem, die beantwortet werden müssen: Erstens ist ein Raketenflug überhaupt möglich? Zweitens wird es möglich sein, den Mond zu erreichen? Und drittens wird man es dahin bringen, daß auch ein Pilot mitfahren kann?

Die erste Frage kann wohl heute schon als entschieden gelten, und zwar im positiven Sinne. Die Versuche haben gezeigt, daß der Rückstoß der Raketenexplosionen als Triebkraft brauchbar ist. Die noch vorhandenen, gewiß sehr bedeutenden technischen Mängel, die vorläufig die Brauchbarkeit noch ausschließen, werden gewiß behoben werden.

Was die zweite Frage betrifft, so ruht der Schwerpunkt darauf, daß

die nötige Geschwindigkeit

erreicht wird. Es muß in der Nähe der Erdoberfläche eine Geschwindigkeit von ca. 11 Kilometer pro Sekunde erreicht werden. Gelangt das Flugzeug mit dieser Geschwindigkeit in die Höhen oberhalb der dichtesten Schichten der Luft, so ist es befähigt, bis in beliebige Weltfernen ohne weiteren Kraftaufwand zu gelangen. Bleibt die Geschwindigkeit unter dieser Grenze, so kann das Flugzeug nach einer gewissen, unter Umständen sehr langen Zeit, wieder zur Erde zurückgelangen, vorausgesetzt, daß es unterwegs nicht einem großen Weltkörper begegnet. Ist die Geschwindigkeit aber größer, so kommt es nicht mehr zurück und läuft ins Unendliche.

Die Geschwindigkeit darf nicht plötzlich erlangt werden, sondern nur durch langsame Steigerung, denn das Flugzeug muß die dichten Schichten der Luft langsam passieren, weil sonst der Luftwiderstand die Bewegung zu stark hemmt. Wenn das Maximum der Geschwindigkeit weit draußen erreicht wird, braucht es überhaupt nicht so groß zu sein; wird es z. B. in 6400 Kilometern, also in einer Entfernung von 2 Erdhalbmessern erreicht, so genügen statt der oben angegebenen 11 Kilometer bloß 7 Kilometer pro Sekunde.

Die Bahn,

welche das Flugzeug ohne weitere Lenkung im Weltraume beschreibt, hängt von der Größe und Richtung der Geschwindigkeit ab, wit welcher es die widerstehende Luft verläßt. Die Berechnung, welchen Weg es nehmen wird, ist sehr schwierig. Es liegt ein Fall des sogenannten 3 Körperproblems vor (Erde, Mond, Flugzeug), das allgemein nicht lösbar ist. Die Bahn kann nur durch punktweise Berechnung vom Ausgangspunkt aus gefunden werden. Führt die aus den gegebenen Anfangsbedingungen so mühselig gerechnete Bahn nicht auf den Mond, so muß man die ganze Rechnung mit neuen Anfangsbedingungen wiederholen, und so fort, bis man eben hintrifft. Die Arbeit ist groß und langwierig, aber natürlich durchführbar. Die große Schwierigkeit liegt aber darin, daß wir die Rakete nicht außerhalb des Luftmeeres starten lassen können, sondern am Erdboden. Welchen Einfluß aber der Luftwiderstand auf die Bahn nehmen wird, läßt sich nicht voraussagen und daher auch nicht berechnen, wo das Flugzeug hingehen wird.

Diese Schwierigkeit fällt natürlich weg,

wenn das Flugzeug einen Lenker hat

und derart mit Explosivstoff ausgestattet ist, daß seine Geschwindigkeit beliebig vergrößert oder verkleinert, und auch in ihrer Richtung geändert werden kann. Es muß auch noch genug Explosivstoff für die Rückfahrt bleiben. Ob es möglich sein wird, ein Flugschiff so herzustellen, läßt sich wohl vorläufig nicht sagen. Eine andere Frage aber ist, ob der Lenker in dem Flugzeug existieren kann. Von dem Augenblicke, da das Flugzeug frei im Weltraum schwebt, angezogen von Mond und Erde, hat für den Insassen die Schwere aufgehört, und er muß die Empfindung des fortwährenden Sturzes haben und wird wohl das Bewußtsein verlieren. Auch wird das Flugzeug in beständiger Schwankung oder auch in Rotation geraten. Wird da eine Orientierung oder eine Lenkung möglich sein?

Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß gerade

der Mond als Ausflugsobjekt

wegen seiner Unwirtlichkeit nicht den geeignetsten Boden für einen längeren Aufenthalt darstellt.

Die Fahrtdauer ist allerdings fabelhaft kurz: Ungefähr zwei Tage nur — eine Hin- und Retourfahrt etwa vier Tage. So kurz, daß zu einer Mondbesichtigung sicherlich Tausende und Abertausende gerne bereit wären, und, sollte es so weit sein, Millionen den Mond als Weekendziel benutzen werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Bank Polski zahlt 20 Prozent Dividende.

Keine Herabsetzung des Diskontsatzes.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Wróblewski eine ordentliche Sitzung des Rates der Bank Polski statt. Nach Anhören der Berichterstattung der Direktion, sowie dreier Kommissionen wurde von dem Rat der Jahresbericht, sowie die Bilanz und Gewinnverteilung für 1929 bestätigt. **Von dem erzielten Reingewinn entfallen auf die Aktien der 1. Emission 20 Prozent, das sind 20 Millionen Złoty, während der Anteil des Staatsschatzes an dem Gewinn sich auf 23 Millionen Złoty beläuft.** Weiterhin wurde von dem Rat beschlossen, die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre für den 13. Februar einzuberufen und eine Reihe von Anträgen verwaltungstechnischer Art angenommen. So wird der Beamte der Filiale Posen, St. Dobrzeniecki als Vizedirektor nach Hohensalza entsandt. **Hinsichtlich des Diskontsatzes wurde beschlossen, ihn unverändert in der jetzigen Höhe von 8 Prozent weiterbestehen zu lassen. Die in letzter Zeit verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende Herabsetzung des Diskontsatzes um ½ Prozent bewahrheiten sich somit nicht**

Um die deutsche Tarifierung der polnischen Bretter. Die polnische Fachpresse richtet gegen die deutschen Zollbehörden ziemlich heftige Angriffe wegen der Tarifierung polnischer, mit Sägemaschinen geschnittener Bretter nach Tarif-Nr. 615. Die Zollbehörde geht, wie wir berichteten, von der Erwägung aus, daß diese Bretter eine hobelähnliche Glätte aufweisen und somit nicht unter Tarif-Nr. 76 fallen. Praktisch genommen bedeutet diese Entscheidung eine vollständige Unterbindung der Brettereinfuhr aus Polen, da die Waren der Tarif-Nr. 615 unter das Einfuhrverbot fallen. Näheres darüber ist in der Korrespondenz-Nr. 2 vom 11. 12. 29 berichtet worden. Das polnische Industrie- und Handelsministerium hat dem Handelsbeirat in Berlin aufgetragen, mit den Handelsbeiräten anderer Auslandsvertretungen in Berlin in dieser Angelegenheit Fühlung zu nehmen, um evtl. eine gemeinsame „Demarche" vorzunehmen.

Die Holzindustrie gegen die Preispolitik der staatlichen Forstdirektion. In einem interessanten Leitartikel des in Posen erscheinenden „Rynek Drzewny" (Holzmarkt) greift der Autor die Preispolitik der staatlichen Forstdirektion an. Nach seiner Berechnung haben sich die Preise seit 1925 um das 3½fache erhöht; nämlich 1925: 9,94 Złoty, 1926: 12,84 Złoty, 1927: 23,63 Złoty, 1928 28,93 Złoty, 1929: 32,41 Złoty. Der Autor schließt mit den Worten, daß die staatliche Forstdirektion im laufenden Wirtschaftsjahr ca. 8 Mill. Kubikmeter Holz auf den Markt bringt, was im Verhältnis zum Vorjahre einen sehr starken Rückgang bedeutet. Durch Erhöhung der Holzpreise will sie den Rückgang der Absatzmenge ausgleichen, ohne dabei auf die ungünstige Entwicklung der polnischen Holzindustrie Bedacht zu nehmen. Zusammenfassend verdammt er die von Budgetrücksichten geleitete Preispolitik des Forstbesitzers — Staat.

Starker Rückgang der Zuchtviehpreise in Danzig. Die am 13./14. Januar in Danzig stattgehabte 148. Auktion der Danziger Herdbuchgesellschaft brachte sehr niedrige Preise. Die weiblichen Tiere kosteten im Durchschnitt kaum 1000 Złoty, auch die Bullenpreise waren bedeutend niedriger als sonst. Diese Preise decken lange nicht die Aufzuchtkosten für auf Form und Leistung durchgezüchtetes gutes Zuchtvieh. Da die nächste Auktion am 5. und 6. Februar noch bedeutend stärker beschickt ist, und zwar mit 60 Bullen, 250 Kühen und 260 Färsen, werden Interessenten auf diese voraussichtlich billige Ankaufsgelegenheit aufmerksam gemacht. Zuchtvieh nach Polen erhält 50 Prozent Frachtermäßigung, Złoty werden in Zahlung genommen. Kataloge versendet kostenlos die Danziger Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21.

Wichtiges Urteil des Obersten Gerichtshofes in Warschau. Der Oberste Gerichtshof in Warschau hat in einem kürzlich erlassenen Urteil entschieden, daß die freiwillige Unterwerfung eines polnischen Staatsbürgers unter die Usancen einer Auslandsbörse rechtsgültig ist. Das diesbezügliche Gesetz über das polnische und internationale Privatrecht vom 2. September 1926 („Dziennik Ustaw" Nr. 101 ex 1926) sieht die Möglichkeit vor, daß polnische Staatsbürger sich den Rechtsvorschriften eines ausländischen Privatrechtes unterwerfen, so daß das fremde Recht beide Kontrahenten auch dann rechtsgültig bindet, wenn diese es nicht kennen. Im gegebenen Falle sind die Usancen einer Auslandsbörse einer Rechtsvorschrift gleichzustellen.

Eine Baumwollbörse in Polen? Der Warschauer Universitätsprofessor Zaleski regt in einer Denkschrift die Schaffung einer polnischen Baumwollbörse in Gdingen oder Lodz an. Er geht dabei von dem Standpunkt aus, daß die polnische Textilindustrie sich von der deutschen Vermittlung im Rohstoffhandel freimachen müsse. Es genüge nicht, wenn die Rohstoffe nicht mehr über deutsche Häfen, sondern über Danzig und Gdingen importiert würden, es müsse eben auch in Polen selbst eine Baumwollbörse errichtet werden.

Dezembereinnahmen aus indirekten Steuern in Polen. Nach amtlichen Daten beliefen sich die Dezembereinnahmen aus indirekten Steuern auf 17 271 500 Złoty, wovon auf die Weinsteuer 418 100 Złoty, auf die Biersteuer 1 111 600 Złoty, auf die Zuckersteuer 9 367 000 Złoty, auf die Ölsteuer 2 979 500 Złoty und auf andere Steuern 3 395 300 Złoty entfallen. Der Voranschlag sieht 16 580 000 Złoty vor, so daß der Überschuß 691 500 Złoty beträgt. Im Vergleich mit Dezember 1928 haben sich die Einnahmen aus indirekten Steuern um 157 100 Złoty vergrößert.

Zahlungsaufschub für die Agrarkredite. Die Bank Polski hat beschlossen, die Rückzahlung der fälligen Rate der an die Landwirtschaft gewährten Kredite auf Roggenpfandbriefe bis Mitte Januar 1930 zu verschieben. Die Summe, um die es sich handelt, beträgt 1 869 000 Złoty. Der Zahlungsaufschub ist jedoch mit der Maßgabe getroffen worden, daß der 15. Januar als endgültiger Zahlungstermin anzusehen ist.

Abzahlung der Auslandsschulden Polens im Dezember 1929. Die polnische Staatskasse hat im Dezember 1929 23 922 551 Złoty staatliche Auslandsschulden abgedeckt; und zwar 5 605 000 Złoty 7prozentige Stabilisierungsanleihe, 2 745 000 Złoty 8prozentige Dillonanleihe, an England 8 381 985 Złoty, an Norwegen 1 850 917 Złoty, an Schweden 403 331 Złoty, an Dänemark 39 116 Złoty, an Holland 71 182 Złoty, an die Schweiz 5 930 Złoty, an Frankreich 2 658 652 Złoty und an Italien 2 160 534 Złoty.

Neue Fabriken in Polen. Anfang Januar 1930 wurde in der Nähe von Warschau die Farbenfabrik „Winnica" in Betrieb gesetzt. Die Fabrik stellt Anilinfarben her. Anfang d. J. soll, wie Gazeta Handlowa berichtet, der Bau einer Linoleumfabrik in Czechowice bei Warschau in Angriff genommen werden. Die Nachfrage nach Linoleum wird nämlich in Polen von Jahr zu Jahr reger, ebenso wie nach dem „Stragula" genannten Produkt, aus dem Läufer und Teppiche hergestellt werden. Die neue Fabrik soll Linoleum verschiedenster Sorten fabrizieren, so daß sie mutmaßlich imstande sein wird, den einheimischen Bedarf zu decken.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 17. Januar auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 16. Januar. Danzig: Ueberweisung 57,60 bis 57,74, bar 57,63—57,77, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,85—47,05, Posen 46,85—47,05, Kattowitz 46,825—47,025, bar gr. 46,70—47,10, Zürich: Ueberweisung 57,95, London: Ueberweisung 43,38, Newyork: Ueberweisung 11,25, Prag: Ueberweisung 378,75.

Warschauer Börse vom 16. Januar. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,15, 124,46 — 123,81, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,40, 359,30 — 357,50, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London*), 43,50 — 43,28½, Newyork 8,896, 8,916 — 8,876, Oslo 238,23, 238,83 — 237,63, Paris 35,02, 35,11 — 34,93, Prag 26,36, 26,42 — 26,30, Riga —, Schweiz 172,46, 172,89 — 172,03, Stockholm —, Wien 125,36, 125,67 — 125,05, Italien 46,67, 46,79 — 46,55.
*) London 43,39—43,39¼.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 16. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,02½ Gd., 25,02½ Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,63 Gd., 57,77 Br. Noten: London 25,03 Gd., 25,03 Br., Berlin 122,666 Gd., 122,974 Br. Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,60 Gd., 57,74 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 16. Januar Geld	Brief	In Reichsmark 15. Januar Geld	Brief
—	Buenos-Aires	1.661	1.665	1.675	1.679
—	Kanada	4.136	4.144	4.138	4.146
5.48 %	Japan	2.058	2.062	2.057	2.061
—	Kairo	20.88	20.92	20.88	20.92
—	Konstantinopel	1.977	1.981	1.978	1.982
5.5 %	London	20.359	20.399	20.359	20.399
5 %	Newyork	4.1820	4.1900	4.1815	4.1895
—	Rio de Janairo	0.458	0.460	0.458	0.460
—	Uruguay	3.856	3.864	3.856	3.864
5.5 %	Amsterdam	168.11	168.45	168.16	168.50
9 %	Athen	5.435	5.445	5.44	5.45
4 %	Brüssel	58.24	58.36	58.25	58.37
7 %	Danzig	81.37	81.48	81.36	81.52
7 %	Helsingfors	10.506	10.526	10.502	10.522
7 %	Italien	21.88	21.92	21.89	21.92
7 %	Jugoslawien	7.384	7.398	7.39	7.404
5 %	Kopenhagen	111.90	112.12	111.88	112.10
8 %	Lissabon	18.79	18.83	18.79	18.83
5,5 %	Oslo	111.77	111.98	111.79	112.98
3.5 %	Paris	16.43	16.47	16.43	16.47
5 %	Prag	12.368	12.383	12.372	12.392
3.5 %	Schweiz	80.89	81.05	80.94	81.10
10 %	Sofia	3.037	3.043	3.037	3.043
5.5 %	Spanien	55.69	55.81	55.34	55.46
4.5 %	Stockholm	112.23	112.50	112.25	112.47
7.5 %	Wien	58.83	58.95	58.80	58.92
8 %	Budapest	73.15	73.29	73.15	73.29
9 %	Warschau	46.85	47.05	46.85	47.05

Züricher Börse vom 16. Januar. (Amtlich.) Warschau 57,95, Newyork 5,1685, London 25,16¼, Paris 20,30½, Wien 72,70, Prag 15,28¾, Italien 27,05½, Belgien 71,97½, Budapest 90,40, Helsingfors 12,99, Sofia 3,72$^2/_4$, Holland 207,92½, Oslo 138,12½, Kopenhagen 138,25, Stockholm 138,70, Spanien 68,50, Buenos Aires 2,07¼, Tokio 2,54½, Bukarest 3,07¼, Athen 6,71, Belgrad 9,12⅞, Konstantinopel 2,45½.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,84 Zł., do. kl. Scheine 8,83 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,23 Zł., 100 Schweizer Franken 171,78 Zł., 100 franz. Franken 34,88 Zł., 100 deutsche Mark 212,10 Zł., 100 Danziger Gulden 172,72 Zł., čech. Krone 26,26 Zł., österr. Schilling 124,86 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 16. Januar. Fest verzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 50,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 92,00 +. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Pos. Landschaft (100 Złoty) 40,00 +. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 21,00 +. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Bank Polski 175,00 G. Herzfeld-Viktorius 46,00 +. Dr. Roman May 85,00 +. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 16. Januar. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. franko Waggon Warschau; Marktpreise: Roggen 21,50—22, Weizen 37—38, Einheitshafer 20—21, Grützgerste 22—23, Braugerste 27—28,25, Speise-Felderbsen 35—38, Weißbohnen 80—85, Luxus-Weizenmehl 68—72, Weizenmehl 4/0 59—61, Roggenmehl nach Vorschrift 38 bis 38,50, grobe Weizenkleie 20—20,50, mittlere 16,50—17, Roggenkleie 12—12,50, Leinkuchen 39—40, Rapskuchen 29—30. Umsätze größer, Tendenz schwach.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 16. Januar. (Großhandelspreise für 100 Kilogr. **Weizen** 35,00—37,00 Zł., **Roggen** 22,00—22,75 Zł., Mahlgerste 23,00—23,75 Zł., **Braugerste** 25,50—27,50 Zł., Felderbsen 31,00—33,00 Zł., **Viktoriaerbsen** 38,00—42,00 Zł., **Hafer** 18,00—18,50 Zł., Fabrikkartoffeln —,— Zł., **Speisekartoffeln** —,— Zł., Kartoffelflocken —,— Zł., **Weizenmehl** 70 %, —,— Zł., do. 65 %, —,— Zł., Roggenmehl 70 %, —,— Zł., **Weizenkleie** 18,00—18,50 Zł., Roggenkleie 16,50 Zł. Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation. Tendenz: schwächer.

Berliner Produktenbericht vom 16. Januar. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: **Weizen** märk., 76—77 Kg., 245,00—248,00, März 264,50—265,50, Mai 276,00—277,00, **Roggen** märk., 72 Kg., 155,00—157,00, März 175,50—176,50, Mai 138,00—189,50, Gerste 180,00—195,00, Futtergerste 162,00—170,00, Hafer märk. 135,00—143,00, März 150,00—150,50, Mai 158,50, Mais 172,00.

Weizenmehl 29,75—35,25, **Roggenmehl** 21,75—25,25, **Weizenkleie** 10,25—10,75, **Roggenkleie** 8,75—9,25, **Viktoriaerbsen** 25,00—34,00, **Kl. Speiseerbsen** 23,00—26,00, Futtererbsen 21,00—22,00, Peluschken 20,00—21,00, **Ackerbohnen** 18,50—20,00, Wicken 22,00—25,00, Lupinen, blaue 14,00—15,00, **Lupinen**, gelbe 17,00—18,00, Serradella 26,00 31,00, **Rapskuchen** 17,40—17,90, Leinkuchen 22,40—22,80, Trockenschnitzel 8,00—8,20, **Soya-Extraktionsschrot** 15,10—15,30, Kartoffelflocken 14,00—14,50.

Speisekartoffeln, weiße 1,90—2,20, rote und Odenwälder blaue 2,10—2,50, Nieren 3,80—4,20, andere gelbfleischige 2,70—3,10, Fabrikkartoffeln 8½—9 Pf. pro Stärkeprozent, gute Industriekartoffeln gesucht.

Danziger Produktenbericht vom 16. Januar. Weizen 130 Pfd., 22,25. Roggen Inland) 13,75—14,00, Roggen 11,50, Braugerste (Inland) 15,00—15,50, Braugerste 13,50—15,50, Futtergerste (Inland) 13,50—13,75, Futtergerste 12,00—12,50, Hafer (Inland 13,00, Hafer 10,25—10,75, **Roggenkleie 12,75.** Großhandelspreise in Danziger Gulden per 100 Kilogr.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 16. Januar. Preis für 100 Kilogr in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg Bremen oder Rotterdam 170,25. Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %, in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 194, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 59—63, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 63,24—65,25. Gold im Freiverkehr —,— Platin —,—.

Metalle. Warschau, 16. Januar. Es werden folgende Preise je Kg. in Złoty notiert: Bankazinn in Blöcken 11, Hüttenblei 1,25, Zink 1,40, Antimon 2,25, Hüttenaluminium 4,30, Zinkblech (Grundpreis) 1,72, Kupferblech 5,30—5,80, Messingblech 4 bis 4,80.

Edelmetalle. Berlin, 16. Januar. Silber 900 in Stäben das Kg. 63,25—65,25, Gold im freien Verkehr das Gramm 2,80 bis 2,82, Platin im freien Verkehr das Gramm 8—10.

Rohleder. Bromberg, 16. Januar. Großhandelspreise für 1 Kg. loko Bromberg in Złoty: Rindleder 1,50, kurzwolliges Schafleder 1,80, langwolliges Schafleder 2,40; Preise je Stück: Kalbleder 11—12, Pferdeleder 30—32. Tendenz ruhig.

Briefkasten der Redaktion.

„Arbeitslos". über Auswanderungsfragen können wir leider keine Auskunft erteilen.

H. G. Wenn der jetzige Eigentümer persönlicher Schuldner ist, kann die Aufwertung etwa 60 Prozent = 4444,44 Złoty betragen; ist nicht er, sondern sein Vorbesitzer, d. h. derjenige, der von Ihrem Bruder gekauft hat, der persönliche Schuldner, dann können von dem jetzigen Besitzer nur 18¾ Prozent = 1314,89 Zł. verlangt werden. Es ist nun Ihre Sache, den persönlichen Schuldner festzustellen. Von der Höhe der Aufwertung hängt es auch ab, von welchem Zeitpunkt ab rückständige Zinsen verlangt werden können.

G. L. in Br. Wenn die 26 500 Mark deutsches Geld waren, können Sie 441,60 Złoty zurückfordern, handelte es sich um polnisches Geld, dann haben Sie nur 209,10 Złoty zu beanspruchen. Die Aufwertung beträgt 15 Prozent

„Abstandsgeld." Das Fordern und Einziehen von Abstandsgeld seitens des Hauswirts bei Neuvermietung einer Wohnung stellt sich als Umgehung der Vorschriften des Mieterschutzgesetzes dar und fällt unter die Strafbestimmungen des Art. 26 des genannten Gesetzes.

Rundschau des Staatsbürgers.

Keine Wechsel für Versicherungsprämien.

Die Vereinigung der in Polen tätigen Versicherungsgesellschaften hat ihren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß infolge der erlittenen Verluste die Annahme von Wechseln zur Deckung der Versicherungsprämien in Zukunft nicht mehr zulässig ist, da auch die staatliche Kontrolle der Versicherungsgesellschaften die Annahme von Wechseln untersagt hat. Die zu der Vereinigung gehörenden Versicherungsgesellschaften haben daher beschlossen, ab 1. Januar 1930 keine Wechsel als Deckung für die Versicherungsprämien anzunehmen. Für Policen, die bis zum 31. Dezember 1929 ausgestellt worden sind, werden ausnahmsweise dreimonatige Wechsel in Zahlung genommen. Dieser Beschluß verpflichtet sämtliche Versicherungsgesellschaften, deren Vertreter und Agenten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 17. Januar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung an.

Glückliche Zeiten!

Allerlei Kleinigkeiten aus dem Geschäftsleben.

Der Sejmabgeordnete und Stadtverordnete Dr. Wygodzki erzählte im Wilnaer Stadtrat folgenden tatsächlichen Vorfall, der auf unsere Steuerverhältnisse ein grelles Licht wirft:

In der Deutschen Straße in Wilna besitzt ein Kaufmann ein Modegeschäft, für welches er 60 Złoty städtische Steuern schuldete. Alle seine Bemühungen um Verlängerung der Zahlungsfrist waren ergebnislos. Eines Tages erschien der Steuererheber und ließ 120 Damenhüte auf einen Wagen verladen, die er nach der Sammelstelle für beschlagnahmtes Steuergut bringen ließ. Nach einigen Tagen wird dem Kaufmann mitgeteilt, daß **die 120 Hüte für 10 Złoty,** also zu einem Preise von je 9 Groschen, verkauft worden seien. Davon wurden 8,90 Złoty als Strafe für die Nichteinhaltung der Zahlungsfrist, 10 Groschen, das heißt 1 Prozent der Summe, als Eintreibungsgebühr und 1 Złoty als Transportkosten berechnet.

Die Steuer selbst schuldet der Kaufmann weiterhin. Es dürfte nicht schwer sein, auszurechnen, wann er seinen Laden mit Magistratshilfe ausverkauft haben wird, um nur die Verzugszinsen und die Exekutivkosten zu bezahlen.

*

Eine Lodzer Firma besitzt einen protestierten Wechsel auf 100 Złoty. Der Aussteller wohnt in Kalisch. Der Protest wird daher ordnungsgemäß mit der gerichtlichen Vollzugsklausel versehen und dem Kalischer Gerichtsvollzieher zur Eintreibung der Wechselsumme übersandt. Auf Rechnung seiner Gebühren werden ihm gleichzeitig 15 Złoty überwiesen. Nach einigen Tagen erhält die Firma den Protest zurück mit dem Bemerken, dieser müsse auf dem Instanzenweg, durch Vermittelung des Kalischer Bezirksgerichts, eingereicht werden. Die Firma tut das. Kostenpunkt: 5,25 Złoty. Nach weiteren zwei Wochen teilt der Gerichtsvollzieher der Firma mit, daß sie zu den bereits gesandten 15 Złoty noch 45 Złoty einzuzahlen habe. Ferner müsse sie sich ihren rechtlichen Aufenthaltsort in Kalisch wählen, widrigenfalls alle Mitteilungen über die Exekution des Protestbetrages im Kalischer Gericht zum Aushang gelangen würden.

Was sollte die doppelt gestrafte Lodzer Firma tun? Etwa einen Kalischer Rechtsanwalt verpflichten, damit er den Gang der Exekution des Wechselbetrages überwache? In diesem Fall würden die Eintreibungskosten die Höhe des Wechselbetrages übersteigen (3,15 Złoty Protestkosten plus Kosten der gerichtlichen Vollzugsklausel plus 5,25 Złoty Kalischer Gerichtskosten plus 60 Złoty Gerichtsvollziehergebühren plus Advokatenhonorar). Wobei obendrein fraglich ist, ob die Wechselschuld überhaupt eintreibbar ist.

Man wird sich nicht wundern, daß der glückliche Wechselbesitzer es vorzog, sich sein kostbares Wertpapier wieder zurückschicken zu lassen.

---

§ **Die Deutsche Paßstelle** ist am Mittwoch, dem 22. d. M., geschlossen. Nur dringliche Paßangelegenheiten (bei Todesfällen) können in der Zeit von 11 bis 1 Uhr erledigt werden.

§ **Das kommende Dienstbotengesetz.** Das Projekt des Gesetzes über die Regelung des Dienstverhältnisses zwischen den Dienstboten und den Dienstgebern soll in nächster Zeit von dem Ministerrat geprüft und angenommen werden. In dem Gesetz wird vorgesehen, daß der Dienstgeber verpflichtet ist, dem Dienstmädchen beim Verlassen der Stellung ein Zeugnis auszustellen, in dem die Dauer des Dienstes sowie die Art der Beschäftigung angegeben sein muß. Der Dienstgeber darf dem Dienstmädchen nicht verbieten, einem Verbande anzugehören und hat dafür zu sorgen, daß die Arbeitsbedingungen nicht schädlich auf die Gesundheit des Dienstmädchens einwirken. Die Dienstmädchen haben dagegen ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, müssen sich der Hausordnung fügen und für Ruhe und Ordnung im Hause sorgen. Bezüglich der Löhne stützt sich das Gesetz auf die Bestimmungen über die Arbeitsverträge der Arbeiter. Bei der Entlassung sollen die Dienstmädchen folgende Entschädigungen erhalten: für 3- bis 5jährige Dienstzeit ein halbmonatliches Gehalt, für 5- bis 10jährige Dienstzeit ein monatliches Gehalt, für 10- bis 15jährige Dienstzeit ein zweimonatliches Gehalt, über 15 Jahre Dienstzeit ein dreimonatliches Gehalt. Dem Dienstmädchen steht ferner eine zwölfstündige Arbeitsunterbrechung zum Schlaf und zur Ruhe zu. An Sonn- und Feiertagen hat die ununterbrochene Ruhezeit 17 Stunden zu betragen. Für mehrgeleistete Arbeit kann das Dienstmädchen eine besondere Entschädigung beanspruchen. Für Ammen, Bonnen sowie bei Kranken beschäftigte Personen sind andere Normen vorgesehen, doch darf die Ruhepause nicht kürzer als 10 Stunden sein. Nach einjähriger Dienstzeit wird ein achttägiger Urlaub und nach dreijähriger Dienstzeit ein 15tägiger Urlaub **vorgesehen.**

§ **Neue Militäruniformen.** Die höchsten polnischen Militärstellen befassen sich zurzeit mit dem Plan, die Uniformierung des Militärs teilweise abzuändern, und zwar sollen die vierkantigen Mützen verschwinden, und an deren Stelle Mützen nach dem Muster der englischen Militärmützen mit bunten Mützenbändern treten, die für die Waffengattung bestimmend sein werden. Man will jedoch vorläufig von dieser Änderung im Hinblick auf den Kostenpunkt noch keinen Gebrauch machen. Außerdem sollen die Offiziere zur Galauniform dunkle Beinkleider mit Galons erhalten. Aber auch diese Frage ist noch nicht endgültig gelöst.

§ **Für eine hygienische Verpackung des Frühstücksbrotes.** Vor einiger Zeit kam in dem Kultusministerium die Angelegenheit der durch die Kinder nach der Schule mitgebrachten Frühstückspakete zur Aussprache. Von vielen Seiten wurde die unhygienische Art der Packungen beanstandet. Viel besprochen wurde die Frage der Einführung einheitlicher Frühstücksportionen für die Schulkinder, die unter der Leitung des Schularztes und Schulleiters zubereitet würden. Da dieses Projekt auf große Schwierigkeiten stieß, begnügte sich das Ministerium vorläufig damit, an alle Schulleiter und Lehrer ein Rundschreiben ergehen zu lassen, in dem darauf hingewiesen wird, auf die saubere Packung der Frühstücksbrote bei den Kindern zu achten und dafür zu sorgen, daß sie am geeigneten Platz gelagert werden.

§ **206 042 Arbeitslose in ganz Polen.** Nach den Angaben der staatlichen Arbeitsvermittlungsämter wurden in der Zeit vom 28. Dezember bis 4. Januar in ganz Polen 206 042 Arbeitslose, davon 46 835 Frauen, registriert. Im Verhältnis zu der vorhergehenden Woche hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 19 615 vergrößert. In den einzelnen Städten hat sich die Zahl der Arbeitslosen folgendermaßen vergrößert: in Lodz um 4446; in Krakau um 2400; in der schlesischen Wojewodschaft um 1964; in Radom um 1221; in Dirschau um 927; in Posen um 809; in Przemyśl um 556; in Lublin um 529; in Sosnowice um 518; in Chrzanow um 432; in Czenstochau und in Gdingen je um 415; in der Warschauer Wojewodschaft um 397; in Zyrardow um 365; in Bromberg um 357; in Kielce um 286; in Ostrowiec um 261; in Petrikau um 156; in Brześć am Bug um 152; in Drohobycz um 146; in Kalisch um 135 und Neusandez um 101. Den Berufen nach hat sich die Zahl der arbeitslosen Textil-, Bau-, Berg- und Geistesarbeiter vergrößert, dagegen ist die der Metallarbeiter kleiner geworden.

§ **Die Friseur-Innung** ließ in ihrer letzten Sitzung eine besondere Ehrung der Friseuse Veronika Glowacka zuteil werden. Für langjährige treue Tätigkeit im Friseurgeschäft Krönke wurde der Genannten vom Innungsmeister nach einer Ansprache ein Diplom überreicht.

§ **Vermißt** wird seit dem 4. Dezember der zuletzt in Pudewitz wohnhafte Jan Jagodziński, der bis zu dem genannten Tage in Bromberg gearbeitet haben soll.

§ **Eine Versteigerung gefundener Gegenstände** findet am Mittwoch, dem 22. d. M., um 3 Uhr nachmittags, im Städtischen Amt für Sicherheit und Ordnung, Burgstraße (Grodzka) 32, Zimmer 7, statt.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages je eine Person wegen Diebstahls, wegen Hehlerei und wegen Trunkenheit, sowie zwei Personen wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Chor der Christuskirche. Montag, 8 Uhr abends, Übungsstunde im Gemeindehaus (Elisabethstraße). (1128

Da die Festwiese bei der Fahrt ins Hochgebirge nur eine begrenzte Anzahl von Gästen aufzunehmen imstande ist, wird dringend gebeten, die Fahrkarten zur Fahrt schon im Vorverkauf bei Holtzendorff, Pomorska 5, und Steinke, Sw. Trojcy 19, rechtzeitig zu besorgen. Die schönsten Gebirgstrachten werden mit Preisen ausgezeichnet. (1126

D. G. f. K. u. W. Max Geisenheyner, einer der wenigen Journalisten, die an der Weltfahrt mit „Graf Zeppelin“ teilnehmen durften, berichtet am Sonnabend, dem 18. 1., abends 8 Uhr, in der Deutschen Bühne über seine Erlebnisse. Wort und Bild einen sich zum packenden Ganzen. (Vorverkauf nur Buchhandlung E. Hecht Nachf.) (1136

Verband der pensionierten Eisenbahnarbeiter und deren Witwen. Am 21. d. M., um 10 Uhr vormittags, findet eine außerordentliche Versammlung im Lokal des Herrn Rutkowski, Grunwaldzka 145, statt. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder und Gäste gebeten. (1135

* * *

s **Aus dem Kreise Bromberg,** 16. Januar. Das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit konnte das Kaczmarek'sche Ehepaar in Moritzfelde begehen.

***Inowrocław,** 16. Januar. Selbstmord durch Erhängen verübte am Dienstag, gegen 5 Uhr abends im Hause ul. Staszyca Nr. 34 die dort wohnhafte 43 Jahre alte Franziszka Sobańska. Die S. litt seit längerer Zeit an Gallensteinen, wozu sich in letzter Zeit noch ein heftiges Nervenleiden gesellte. Es wird daher angenommen, daß diese Krankheiten die Veranlassung zu der traurigen Tat waren.

* **Mogilno,** 16. Januar. Verhaftet wurden unter dem Verdacht der Brandstiftung Stanisław Lewicki, dessen Frau und das Dienstmädchen Zamiestowska aus Lawki, hiesigen Kreises. Es besteht der Verdacht, daß die Lewicka mit Wissen ihres Mannes die Scheune selbst in Brand gesteckt hat, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Die Verhafteten wurden dem Untersuchungsrichter in Tremessen zugeführt.

v **Argenau** (Gniewkowo), 16. Januar. Der heutige Wochenmarkt war infolge des regnerischen Wetters nur schwach besucht und beschickt. Man zahlte für das Pfund Butter 2—2,50, für Eier 3,50—4,00. Für Gemüse und Obst wurden gezahlt: Äpfel 0,80—1,20, Mohrrüben 0,30, Weißkohl 0,20, Rotkohl 0,25, Rote Rüben 0,20, Blumenkohl 0,80—1,50, Suppengrün 0,25, Zwiebeln 0,20, grüne Heringe 0,60 pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 12—14,00, Enten 6—7,50, Puten 10—12,00, Hühner 4,50—6,00, Tauben 1—1,30 das Stück. Kartoffeln wurden mit 3,00 der Zentner angeboten.

(W) **Pudewitz** (Pobiedziska), 15. Januar. Der heute hier stattgefundene Pferde-, Vieh- und Krammarkt hatte nur einen schwachen Verkehr aufzuweisen. Es waren nur Pferde mittlerer Qualität angeboten. Für gute Arbeitspferde verlangte man 500—600, für ältere, schwächere 350—450, für abgetriebene magere wurden 30—60 Złoty gezahlt. Der Viehauftrieb war nur in geringer Ware vorhanden. Für Kühe zahlte man 300—350, für Färsen und Bullen zum Mästen 200—300 Złoty. Auf dem Krammarkt waren viele Waren wie zahlreiche Buden ausgestellt, aber wegen der Geldknappheit nur wenig Käufe getätigt. Der **Handel verlief schleppend.**

* **Tremessen** (Trzemeszno), 14. Januar. In der Nacht zum Dienstag war in Tschemsal Großfeuer. Dem Landwirt Grzeczka entstand ein Schaden von 60 000 Zł., und außerdem verbrannte eine Limousine im Werte von 20 000 Złoty. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

n **Ostrowo** (Ostrów), 16. Januar. Unfall. Der Landwirt Stanisław Michalak aus Massenau führte ein frischbeschlagenes Pferd von der Schmiede nach Hause. Unterwegs scheute das Pferd und warf M. zu Boden, der hierbei Verletzungen an der Schädeldecke davontrug. Man brachte ihn in bedenklichem Zustande in seine Wohnung.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

e **Ciechocinek,** 16. Januar. Eine Räuberbande unschädlich gemacht. Kurz vor Neujahr tauchte in der Umgegend eine Räuberbande auf, die sehr gewagte Überfälle ausführte. So drangen am 28. Dezember um 6 Uhr abends in die Wohnung des Besitzers Karol Szurgitt-Dymiec vier Banditen, die mit vorgehaltenen Waffen die Herausgabe des Geldes verlangten. Szurgits Tochter, Józefa, gelang es, durch eine Hintertür zu entkommen und Hilfe herbeizurufen. Beim Nahen derselben flohen die Banditen, ohne etwas erbeutet zu haben. Am 31. Dezember um 6 Uhr abends überfielen drei Banditen das Haus des Besitzers Jan Kozłowski in Podzamcze. Sie drohten, die ganze Familie zu ermorden, wenn sie nicht unverzüglich alles Geld erhalten würden. Es wurden ihnen 234 Złoty ausgehändigt, worauf die Banditen unter Mitnahme von Kleinigkeiten verschwanden. Etwa drei Stunden später statteten dieselben Banditen dem Besitzer Theodor Jasiński-Starawieś einen Besuch ab und forderten auch Geld. Mit den erhaltenen 12 Złoty waren die Räuber nicht zufrieden und schlugen die Anwesenden mit Stöcken. Als sie trotzdem nicht mehr Geld erhielten, nahmen sie noch einen Anzug und ein Rasiermesser mit und suchten das Weite. Diesem Treiben hat die hiesige Polizei nun ein Ende gemacht. Die ganze Bande wurde verhaftet. Die Hauptpersonen sind: Edward Staniszewski-Mława, Alojzy Bogusch-Warschau, Stanisław Mazkiewicz-Lipno, Josef Jankowski-Osno, Janina Wolska-Podole. Dem Hehler Bronisław Kamiński in Plock wurden die geraubten Gegenstände abgenommen, und er selbst wurde in das Gefängnis eingeliefert. Die Geschädigten haben ihre Sachen wieder zurück erhalten. — Zum Bürgermeister wurde gestern der Professor Dr. phil. Cäsar Cichowicz mit neun Stimmen gewählt. — Die Bohrung zur Erreichung der heißen Sole soll vertragmäßig die Tiefe von 1450 Meter erreichen. Gegenwärtig beträgt die Tiefe des Bohrlochs 1205 Meter, die Temperatur der Sole an der Oberfläche 33 Grad Celsius. Bei normalem Gang dürfte die Arbeit bis zum 1. Mai vollendet sein.

* **Warschau (Warszawa), 16. Januar. Blutiger Kampf um einen Erlenwald. Im Dorf Chodziszewek bei Kolo kam es zwischen drei begüterten Landwirten um den Besitz des Erlenwaldes zu heftigen Zusammenstößen. Im Zusammenhang hiermit entwickelte sich eine regelrechte Schlacht, an der 16 Personen teilnahmen. Als Waffen bediente man sich der Messer, Beile und Heugabeln. Ehe die von den Nachbarn alarmierte Polizei zur Stelle war, wurde der 47 Jahre alten Landwirtsfrau Marianne Drobkowska, sowie ihrem Ehemann der Bauch aufgeschlitzt. Sämtliche übrigen Kampfteilnehmer waren verletzt. Die Drobkowska starb bald danach, während zwei weitere Personen hoffnungslos daniederliegen.**

Kleine Rundschau.

* **Ehrendienst an einem Buch.** In der Sankt Michaels-Kapelle in der Kathedrale zu Canterbury liegt auf einem Betpult ein dickes Buch aus Pergament, in dem die Namen der 6500 Angehörigen des Kent-Regiments aufgezeichnet stehen, die im Weltkriege gefallen sind. Das Buch beginnt mit den einfachen Soldaten und schließt mit zwei Generälen. Jeden Morgen betritt ein Soldat dieses Regiments die Kapelle, und, nachdem er salutiert hat, wendet er ein Blatt dieses Buches um. Der Grund zu dieser Handlung ist folgender: Der Künstler, der dieses Buch verfertigt hat, bat darum, daß täglich eine Seite dieses aufgeschlagenen Buches umgewendet werden möge, damit das Pergament eine gleichmäßige Tönung behalte. Diese im Interesse der Erhaltung des Buches notwendige Prozedur gab nun dem Kommandeur des Kent-Regiments Anlaß, aus ihm einen regelmäßigen Ehrendienst zu gestalten, den nur Soldaten von tadelloser Führung vollziehen dürfen. Beim Verlassen der Kaserne erhalten sie auf der Wache einen Kommandostab mit silbernem Knopf, durch dessen Vorzeigung sie sich beim Sakristan legitimieren müssen. Der Sinn des Ehrendienstes aber ist, im Kent-Regiment die Erinnerung an die Taten im Weltkriege und an die Gefallenen lebendig zu erhalten.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. Januar.

Krakau — 2,64, Zawichost + 1,35, Warschau + 1,16, Plock + 0,71, Thorn + 0,66, Fordon + 2,72, Culm + 1,20, Graudenz + 1,07, Kurzebrak + 1,18, Pickel + 0,42, Dirschau + 0,20, Einlage + 2,34, Schiewenhorst + 2,60.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 14.

Die glückliche Geburt eines strammen Stammhalters zeigen hocherfreut an

Max

Max Radatz u. Frau Erna
geb. Blum.

394

Hebamme
erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen
Danek, Sniadeckich 31,
2 Minuten v. Bahnhof.
151

Nach schwerem Leiden erlöste Gott unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Frau

Agnes Prillwitz

geb. Padubrin
im Alter von 90 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frieda Wehner geb. **Prillwitz**.

Bromberg, Königsberg, Stettin, Danzig, Elsenheim, den 17. Januar 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten evgl. Friedhofes aus statt.
393

Am 11. Januar d. J. verschied nach schwerem Leiden

Frau

Emma Meißner.

Seit Gründung der Gesellschaft gehörte sie unserer Vereinigung als Gesellschafter an und nahm stets regen Anteil an den unsere Gesellschaft berührenden Fragen.

Wir betrauern Ihren Heimgang aufrichtig und werden ihr Andenken in Ehren bewahren.

Vereinigte Ziegeleien von Graudenz
der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Richard Schulz. 1105

Chicke und gutsitzende **Damen-Toiletten** w.z.solid.Preis.gefertigt **Jagiellońska 44**, I.

Von der Reise zurück
habe ich meine Praxis in vollem Umfange wieder aufgenommen

Dr. med. Rosenthal

Facharzt für
Haut- u. Geschlechtsleiden
Danzig, Hundegasse 98, Telefon 21097
Röntgen- und Licht-Institut
10—1½, 5—7. 896



Willi Kirchhoff,
Bydgoszcz
Zivil-Ingenieur. Aleje Mickiewicza 12
Telefon 227.



Dieselmotoren, *kompressorlos, 6—600 PS., Fabr. Hillewerke Dresden.*
Kleinmotoren, *2—10 PS., für Gewerbe und Landwirtschaft.*
Wasserturbinen *u. Wasserkraftanlagen. Erstklassige Fabrikate.*
Niedrige Preise. Auf Wunsch langfristige Zahlungen. 15703

Maskenkostüm
für mittl. Figur, preiswert **zu verleihen** 358
Dr.Em.Warmińskiego 1, I.

Prima Därme
Lyck, 597
Jagiellońska Nr. 31.

Tilsiter Magerkäse
in größeren u. kleineren Posten, Zentner 35 zł, geg. Kasse gibt lauf. ab **Spółka Mleczarska, Świecie, p. Grudziądz.**

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 29. Jan. 20. (2. S. n. Epiph.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Pr. Toepper. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehaus. Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Sup. Aßmann.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pfr. Wurmbach*. 11½ Uhr Kindergottesdst. Montag, abends 8 Uhr Uebungsstd. d. Kirchenchors im Gemeindehaus, Elisabethstraße 1. Dienstag, abds. 8 Uhr Vereins unde des Jungmänner-Vereins.

Luther-Kirche. Franenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Lassahn. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst, Nachm. ¼4 Uhr Jugendbund. Nachm. ¼4 Uhr Versammlung der Frauenhilfe. — Nachm. 5 Uhr: Erbauungsstunde u. Blaukreuzversammlung.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst. Freitag, abds. 7 Uhr Bibelstunde.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr. 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft, Fischerstraße (Marcinkowskiego) Nr. 8b Vorm. 9 Uhr: Gebetstde. Nachm. 2 Uhr Sonntagschule. Nachm. 3½ Uhr Jugendbundstde. Nachm. 5 Uhr: Evangelisation, Pred. Gnauk. Mittwoch, abds. 8 Uhr Bibelstunde, Prediger Gnauk.

Baptisten-Gemeinde. Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. A. H. Sommer, Łasin. — Vorm. 11 Uhr: Sonntagschule. — Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Prd. A. H. Sommer, Łasin. Nachm. 5½ Uhr: Jugendverein. Donnerstag, abds. 7½ Uhr Gebetstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. — Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde in Blummes Kinderheim.

Kl. Bartelsee. Vorm. ½12 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Predigtgottesdienst.

Schröttersdorf. Nchm. 4 Uhr Gemeindefest.

Cielle. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst. ½12 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. ¼3 Uhr: Jungmädchenstunde.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Mittwoch, abds. 6 Uhr Bibelstunde.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Schubin. Vorm. 10 Uhr Visitationsfest gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst. — Nachm. 3 Uhr: Visitationsgottesdienst in Kornelino.

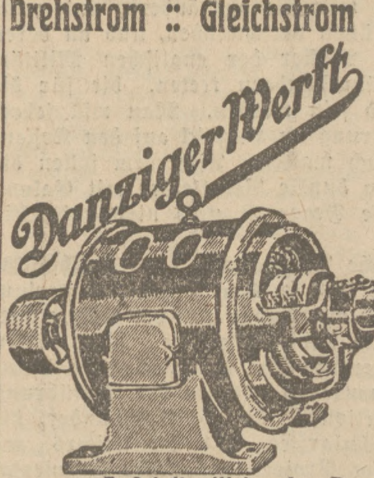
Znin. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Fordon. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kdr.-Gottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Gottesdst. in Nieder-Strelitz. — Abds 6 Uhr Jünglings-Verein.

Złotniki (Güldenhof). Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst, Pfr. Meyer.

Elsendorf. Vorm. 10½ Uhr Andacht.

Elektromotoren
Drehstrom :: Gleichstrom



Generatoren
Oel-Transformatoren

Danziger Werft Danzig und deren Lager:
Stocznia Gdańska, Poznań, ulica Słowackiego 18. Tel. 77-85.
„Bemi“, T. z. o. p., **Bydgoszcz,** Sw. Trójcy 10.
Miejskie Zakł. dla światła i wody, Gniezno.
Miejskie Zakł. światła, siły i wodociągów, Leszno.
Elektrownia Miejska, Ostrów.
W. Wentzel, Ostrów, ul. Wrocławska 14.
Elektrownia Wolsztyn, Wolsztyn.
Elektrownia Obwodowa Pomorze. Pelplin, Rynek 7.
W. A. Schultze, Grudziądz, Plac 23 stycznia 12.
A.Kunisch,Grudziądz,Toruńska4.
Zakł. Elektr. F. Maciejewski, Grudziądz, ul. Mickiewicza 4,
A.Lemke,Grudziądz, 3 Maja 21/22.
E. Gohritz, Wąbrzeźno, Pomorze, ul. Kolejowa 21.
Biuro Techn. „Elektra“ Toruń, ul. Chełmińska 4.
K. Pudelewicz, Toruń, ul. Szeroka 2.
St. Leszczyński, Gdynia. 12269

Nie wieder so billig

Total-Ausverkauf wegen Liquidation

Mercedes
2 Mostowa 2

Soeben ist erschienen und wird auf Wunsch kostenlos an alle Bücherkäufer versandt:

Neue Bücher und Noten.

Monatlicher Anzeiger für Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Notenmarkt mit kurzen literarischen Kritiken.

Preise in Złoty. 1109

Zusammengestellt von
Dr. Horst Kriedte.
Herausgegeben von der Buchhandlung
Arnold Kriedte, Grudziądz
Mickiewicza 3. Tel. 85.
Januar 1930.
Dieser Anzeiger erscheint jeden Monat.

Radio-Apparat
3 u. 4 Lamp. alle Stationen im Lautspr. mit kompl. Anlage, sehr billig, zu günst. Zahlungsbeding. zu verkaufen. 391
Alf. Kilian,
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 11.

Offeriere prima
Roggenfutterschrot
Gemengeschrot,
sandfr. Roggenkleie
Weizenkleie
und Gerstenkleie.
Młyn Parowy
Fordon Tel. 25

Heirat

Israelt. Heirat
bietet sich für Dame m. edl. Charakt., geschäftst. u. wirtschftl. veranl., m. jg. Mann in d. 40 J., mit eigen. Grund.-Geschäft (Nichtopt.). Etw. Verm. angen., doch n. Beding. Damen d. rituell u. üb. äußerl. kosmet. Fehler d. jg. Mannes hinwegsehen, w. vertrauensv. Off. u. **R. 376** a. d. Gschst. d. Ztg. einreichen. Str. Diskr. zugesich. u. verl.

Gebildeter, evangel.

Landwirt

29 J., große, schlanke Erscheinung, Pächter eines 600 Morg. großen Gutes, wünscht die Bekanntsch. einer hübsch., gebild. u. vermögend. jungen Dame im Alter von 18—25 Jahren, am liebst. v. Lande, zwecks

baldiger Heirat

zu machen. Strengste Verschwiegenheit zugesichert. Offert. nur mit Bild, welches sofort zurückgesandt wird, unter **D. 1087** an die Geschäftsst. dies. Zeitg. erb.

Fräulein, evgl., 33 J. alt, sehr nett u. wirtschaftlich, aber kein Vermögen, wünscht sich mit nett. Herrn, auch Witw.

zu verheiraten

Off. u. **B. 383** a. d. G. d. Z.

Wir suchen f. usr. Dame, ang. Aeuß., s. geschäftstüchtig, wirtsch. rituell, klug u. verm., anf. 30 J., ein. achtb. Herrn b. 45 J., mögl. eig. Exist., **zw. Heirat.** Witw. m. Kind nicht ausgeschl., da s. kinderl. Gfl. Off. erb. u. **S. 377** a. d. Gesch. d. Z. Strengste Diskr. zugesich. u. verl.

Stellengesuche

Förstersohn
in allen Zweigen der Forstwirtschaft bewandert, erfahren in Fasanenaufzucht in Raubzeug-Vertilgung, auch d. poln. Sprache mächtig, der bei seinem Vater 4 Jahre in der Forstwirtschaft tätig ist, **sucht Stellung** vom 1. 2. 1930. Gefl. Off. unt. **C. 1083** an d. Gst. erb.

Gärtner
unverheirat., 27 J. alt, welch. selbständ. einige Jahre gearb. hat, gute Zeugn., **sucht** v. sofort oder später **Stellung.** Offerten unt. **B. 326** an die Geschäftsst. dieser Z.

Suche für meinen verh.
Gärtner
der besonders in der Blumenzucht bewand. ist, eine passende Stellung z. 1. 4. 30. Gefl. Off. bitte z. richten an
Hugo Müller, Kitnowo. 1117

Gärtner kath., 31 J. alt, unverh., tüchtig in Gemüse-, Blum.- u. Obstzucht, Gewächshaus u. Parkpfleg., letzt. Stellg. 7 Jahre, **sucht** dauernd. Stell. v. 1. April od. früh. Gefl. Off. erbet. an 332 **Jan Jaskólski, Zychce,** poczt. Konarzyny, p. Chojnice (Pomorze).

Lehrerin, evgl., mit poln. Unterrichtserl. u. Fremdspr., **sucht** v. sof. **Stellung** als **Hauslehrerin.** Off. unt. **E. 340** an d. Geschst. d. Z.

Aelters Fräulein
ev., sucht Stell. v. 1. 2. in Bydgoszcz bei alleinstehendem Herrn zur **Führung der Wirtschaft.** Off. u. **U. 382** an die Geschst. d. Zeitg.

Suche von sof. od. spät. Anfangsstellung als
Stütze der Hausfrau
Näh- u. Plättkenntnisse vorh. Off. an **A. Theil, Tuchola, ul. Dworzec 8.**

Aelteres Mädchen
sucht vom 1. 2. Stellung
als Stütze
oder auch in frauenlos. Haushalt. Gute Zeugnisse vorhanden. Off. unter **L. 1130** an die Geschäftsst. dies. Zeitg. erb.

Geb., evangel., **junges Mädchen** sucht Stelle
als Haustochter
in größerem Stadt- od. Landhaushalt ohne gegenseit. Vergütung. Angebote unt. **R. 1039** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jung. Mädchen, 23 J. alt, in allen Zweig. des Haushalts erfahr., sucht Stellg. in Bydg. v. 15. 2. od. 1. 3. 30, am liebst. bei ält. Ehepaar. Off. unt. **W. 384** a. d. G. d. Zeitg.

Suche Stelle zur Erlernung der
feinen Küche
und Haush. Taschengeld erwünscht. Off. u. **U. 1053** a. d. Gst. d. Z.

Offene Stellen

Suche z. 1. 3. 30 geb. ev.
Eleven
auf 400 Morg. Niederungswirtschaft. Familienanschl. u. Taschengeld. Poln. Sprache Bedingung. Selbstgeschr. Lebenslauf einsenden. Vorstellung nach Aufforderung.
Wiebe, 1129
Wielkie Walichnowy, pow. Gniew (Pomorze).

Junger, evangelisch.
Beamter
der seine Lehrzeit beendet hat, zum 1. 2. 30 oder später für ein 1000 Morg. groß. Rübengut gesucht. 1040
Frau **E. Oehlmann, Subkowy,** powiat Tczew.

Suche zum 1. März, eventuell später
2. Beamten
m. polnischen Sprachkenntnissen. **Wienecke. Uścikowo bei Podobowice** Kr. Żnin. 1119

Verh. Schmied
mit Burschen.
verh. Stellmacher
mit Scharwerker zum 1. 4. 30 gesucht in 946
Niemczyk, p. Dubielno koło Chełmży, powiat Chełmno.

Suche zum 1. April absolut nüchtern., älteren zuverläss., verheiratet.
Chauffeur.
Verlangt wird sehr gut. Wagenpfleger. 581
Jahnz, Palczyn
bei Nowawieś Wielka, pow. Inowrocław.

Chauffeur
nüchternen und erfahrenen,
stellt sofort ein.
Offerten unter **E. 1090** an die Geschst dieser Zeitung erb

Verheir.
Leutewirt
m. Scharwerker zum 1. 4. 30 gesucht in 947
Niemczyk, p. Dubielno koło Chełmży, powiat Chełmno.

Ein Schäfer
mit Gehilfen
gesucht zum 1. 4. 1930.
Gutsverwaltung Zegartowice, 1095
Post Dubielno, bei Chełmża, Pomorze.

Suche z. 1. 4. 30 einen ev.
Instmann
mit mehreren **Scharwerkern**, desgleichen einen ledigen
Schweizer
Kirche und ev. Schule am Ort.
Gustav Schulz, Rościmin, p. Jeziorki zab., pow. Wyrzysk. 1131

Für unsere Mehlverkaufsstelle in Fordon suchen per sof. eine tücht. zuverlässig. selbständig.
Verkäuferin
der poln. und deutsch. Sprach. mächt. Branchekenntn. sowie Kaution von 1500 zł erforderlich. Gef. Angeb. m. Zeugnisse Gehaltsanspruch. a. Fa. **Młyn Parowy Fordon** Telefon 25.

Jg. anst. Mädchen
für kinderlos. Haushalt z. Aufwart. gesucht. Zu erfr. i. d. Geschst. d. Z. 374

Suche junges, evangel.
Mädchen
zur Erlerng. der Hauswirtschaft. Gefl. Angeb. unter **K. 1113** an die Geschäftsst. dies. Zeitg. erb.

Ein **schulfreies Mädchen** für den ganzen Tag gesucht. **Gehrke,** Nakielska 119. 392

Ruderclub im früheren preußischen Gebiet sucht

deutsches Ehepaar

für die Oekonomie und als Bootsdiener oder eine 1127

tücht. Wirtschafterin

für die Oekonomie. Offert. mit Lebenslauf und Referenzen unter **Nr. 65** an **„Devera“, Annonc.-Exp. in Danzig.**

Zur Ausreise nach Warschau wird gesucht
ein intellig. Fräulein
oder Dame mittl. Alters als Aushilfe im Damen-Atelier. Polnische Sprache erwünscht, jedoch nicht bedingt. Erhält Wohnung, volle Verpflegung und Gehalt. Zu melden mit guten Zeugnissen bis zum 18. 1. 30 während des ganzen Tages **Büro Mechan. Schuhfabrik „STANDART“, Wojewódzka 7.** 375

An- und Verkäufe

1 kompl. Ergomobil-Motorpflug-Satz
je 45 P.S. (Zweimaschinen-System) hat **billig abzugeben.**
Raudener Waren-Genossenschaft, Pelplin. 1122

Ein Grundstück
i. Freistaat **zu verkaufen** mit groß. Hof u. Stall, für jed. Geschäft geeign. Schmiede oder Autogarage kann eingericht. werden. Angebote unt. **T. 380** a. d. Geschst. d. Ztg.

Hausgrundstück in Bydgoszcz bis 40000 zł z. kaufen ges. Gefl. Ang. u. **R. 365** a. d. Geschst. d. Z.

Landwirtschaften
400 Mrg., Niederung, 23 Pferde, 55 Rind., günstig bei ca. 80000 G. Anzahl., **195 Morg.,** Preis 115000, Anz. 25000 G., **110 Mrg.,** Preis 55000. Anz. 15 bis 20000 G., **80 Mrg.** ohne Inv. b. kl. Anz. **Außerdem Land- u. Gastwirtschaften** in gr. Auswahl zu verk. 1074 **Brock, Danzig,** Hundegasse 104.

Verkaufe meine ca. 3 Hufen große 1112
Rübenwirtschaft
lebendes und tot. Inventar sowie Gebäude sehr gut. Alles andere auf brieflichem Wege.
Skowronski, Groschkenkampe, Freistaat Danzig.

Geschäfts-Grundstück
selten günstige Gelegenheit, sogleich z. verkauf. in Dt. Krone, Grenzm. Posen — Westpr., an der Hauptstr. geleg., groß. Lad., 2 Schaufenster, gr. helle Werkstatt, großer Hofraum, Auffahrt. Preis 40000 Rm., Anzahlung 29500 Rm. Meldungen an 1132
Klemens Schmidt, in Białachowo, pow. Grudziądz.

Gute Existenz. 387
Verkaufe anderw. Unternehmen mein
Furagegeschäft
mit Schrot- u. Häckselwerk. mit elektr. Antrieb, großer Laden mit 3 angr. Räumen, geeig. z. Mehlumtausch. Gesch. kann auch ohne Lad. übernomm. werd. Zu erfr. **Nowy Rynek 3**

19 Stück
Mastvieh
in **Szczepankowo,** pow. Lubawa, Pom., verkäuflich. 5114
Orlovius.

Reinrassige
Rote Rhodeländer Zuchthähne
aus Bruteiern v. dtsch. Spezialzucht, Frühbr. 1929, à 35 Zł., u. reinrass. **weiße amerik.** 948
Leghorn-Zuchthähne
Frühbrut 1929, à 25 Zł., gibt ab **Rittergut Stawkowo** bei Ostaszewo-Toruńskie, anerkannte Geflügelzucht.

Schöne
Zuchthähne
weiße Orpington-Wyandottes, hat abzugeb. **M. Wehr, Kęsowo,** pow. Tuchola. 1096

Piano, schöner Ton, kreuzsaitig, verkauft bill. u. günstig. Zahlungsbedingungen **Majewski, Pomorska 65.**

Eine Anzahl in- und ausländischer neuer und gebrauchter
Harmoniums
empfiehlt 1094
B. Sommerfeld,
Pianofabrik
ul. Sniadeckich 56.

Neue 15604
Harmoniums
mit edlem, voll. Orgelton baut **M. Ziemann,** Kamień Pomorski Harmoniumbau Zahlungserleichterungen

Billige
Chaiselongues
B. Szarlowski, fr. Domnit Wełniany Rynek 7, Lad.

Gebrauchte
Möbel
sofort zu verkaufen 370 **Toruńska 187,** Hof, part.

Besserer Herr sucht gut. **Sofa und 4—6 Stühle** zu kaufen. Off. u. **Z. 389** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Damenpelz
inn. Angoraziege, auß. Oppossum, vorzügl. für Reisezwecke geeig. zł 325
schw. Fuchs-Garnitur, aus Kragen u. Muff besteh., zł 150 zu verkauf. **Dworcowa 34,** i. Laden. 342

Noch neues
Maskenkostüm
(Zigeunerin) zu verlf. evtl. zu verleihen 1091 **Gdańska 26,** 1 Treppe.

Schreibmaschine
gut erhalten, preisw. zu verkaufen. Möbelgeschäft. ul. **Długa 8.**

Lastauto, 1½ t, Ford-Type 27, sowie neu und ein **Diesel-Motor** mit Benzinbetrieb, 12 PS., auf Rädern und zum Einbauen geeignet, sof. z. verk. **Franz Kasubowski Twarda Góra.** 378

Kutschwagen
gebraucht und neue, zu verkaufen 388
Pomorska 49/50. Hof.

Zupfmaschine
für Polstermaterialien **zu kaufen gesucht.** Offert. unter **G. 1012** an die Geschäftsst. dies. Zeitg.

Verkaufe
1 Bohrmaschine mit elektr. Antrieb,
1 Amboß ca. 70 kg
3 Schraubstöcke
1 Feilbank 386
1 gr. eis. Ofen
Rohrzange u. v. and.
Nowy Rynek 3 (Lad.
Malerapparate

Espenholz
Nutzrollen, 18—40 cm Ø 1,20 und 2,00 m lang, kaufe einige Waggons.
Kusche, Rumja
pow. Morski. 1054

Ziegelsteine
gut durchgebrannt, hat laufend abzugeben **Dampfziegelei Kitnowo,** poczta Bogusżewo, pow. Grudziądz. 1116

Wohnungen

5 Zimmerwohng.
Küche, Bad, Telefon in **Bydgoszcz,** Centr. der Stadt, sofort zu vermieten, evtl. möbl. Geeignet für Arzt, od. Rechtsanwalt. Off. unt. **H. 1103** an die Geschst. **Kriedte, Grudziądz.**

Möbl. Zimmer

Kleines
möbl. Zimmer
in zentraler Lage von Kaufmann, Ende 40er, f. dauernd per sofort zu miet. ges. Bevorz. Tel. u. sep. Eing., dies jed. nicht Beding. Off. unt. **A. 390** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer
mit Mittagstisch z. vermieten. **Nakielska 8. II r.** 38

Pachtungen

Laden
mit angrenzender 2-Zimmer-Wohnung u. Küche, geeignet für Papier, Kurzwaren od. Delikatessen in Pommerellen sobald wie möglich zu pachten gesucht. Offerten unt. **R. 1047** an die Geschst. d. Zeitg.